

• DIE »NEUE RECHTE« IN • SACHSEN- ANHALT



1

▶ **Vorwort**
von Pascal Begrich

4

▶ **Was kann die
„Neue Rechte“ (nicht)?**
von Torsten Hahnel

7

▶ **Workshop:
Das „Dialog-Paradigma“ –
Grenzen und Möglichkeiten
öffentlicher Diskussionen**



2

▶ **Aktualität des
Faschismus**
von Volkmär Wölk

5

▶ **Diskussion und Nach-
fragen nach den ersten
drei Impulsen**

8

▶ **Workshop:
Der Mythos Schnellroda
– Journalismus und die
„neue Rechte“**

3

▶ **Was will die „Neue
Rechte“?**
von Judith Goetz

6

▶ **Workshop:
Protestieren oder
Ignorieren?**

9

▶ **Abschlusspodium:
Strategische Optionen**

VORWORT

Seit nunmehr 20 Jahren setzt sich Miteinander e.V. für eine demokratische Alltagskultur in Sachsen-Anhalt ein. Hierfür hat der Verein Ansätze und Methoden der Bildungs- und Beratungsarbeit entwickelt, aufgegriffen und adoptiert, um zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Politik und Verwaltung sowie engagierte Jugendliche und Erwachsene in ihren Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu stärken. Gemeinsam mit anderen Trägern, Kooperationspartner*innen und Kolleg*innen in Ost- und Westdeutschland konnten wir damit wichtige Impulse für Demokratie und eine offene Gesellschaft setzen.

Die Arbeit von Miteinander e.V. hat dabei immer die Erkenntnis zum Ausgangspunkt, dass Rechtsextremismus und Rassismus nur dort zurückgedrängt werden können, wo eine kompetente, engagierte und demokratische Zivilgesellschaft vorhanden ist. Diese Arbeit ist notwendigerweise auf Dauer angelegt, wissend, dass Demokratiekompetenz immer wieder neu erworben und gestärkt sowie eine offene Gesellschaft beständig entwickelt und verteidigt werden muss.

Analyse und Information

Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit braucht es Wissen über Ideologie, Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten sowie über gesellschaftliche Diskurse im Themenfeld. Hierzu bieten wir fachliche Expertise und Informationen u. a. für Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit.

So haben wir am 29. September 2018 gemeinsam mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalekreis e.V. einen Fachtag zur „Neuen Rechten“ in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Die Konferenz warf einen detaillierten Blick auf Inhalte, Strukturen und Strategien der sogenannten Neuen Rechten und fragte nach den Zielen, Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns. Zugleich bot die Tagung Raum für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und die Diskussion über die Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus.

Die vorliegende Broschüre präsentiert die Fachvorträge und Ergebnisse der Tagung. Ich danke allen Beteiligten – den Projektmitarbeiter*innen, den Kooperationspartner*innen, den Referent*innen und den Autor*innen – und unseren Förderern – dem Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.

Ihnen, den Leser*innen, wünsche ich eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre.

Ihr Pascal Begrich

AKTUALITÄT DES FASCHISMUS

Die Frage nach der Aktualität des Faschismus impliziert bereits die Antwort. Wenn es keine Indizien dafür gäbe, dass Faschismus etwas ist, was der Vergangenheit angehört und nur in einer bestimmten Epoche wirksam war, bräuchten wir uns heute damit nicht zu befassen. Die Frage ist also nicht, „hat Faschismus eine Aktualität?“, sondern „wie wirkt diese Aktualität?“ und „wer sind die Akteure?“

Auch bei den Akteuren könnte ich es mir einfach machen, denn es gibt offensichtlich keine Akteure. Es gibt niemanden in der Bundesrepublik Deutschland, der sich selbst als Faschist bezeichnet. Diejenigen, die heutzutage faschistisches Gedankengut transportieren, werden sich, bei Strafe des politischen Untergangs, davor hüten, sich selbst als Faschisten zu charakterisieren. Das hätte gesellschaftliche Ausgrenzung und Bedeutungslosigkeit zur Folge. Viele spielen dieses Spiel mit und benennen die Dinge nicht mehr beim Namen, sondern haben so schöne Wörter wie „Rechtspopulismus“ dafür erfunden.

Nun gibt es sicherlich zwischen Rechtspopulismus und faschistischer Ideologie und faschistischem Handeln eine Reihe gravierender Unterschiede. Aber es gibt auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Und deshalb sollten wir bei den Wörtern immer darauf achten, ob sie tat-

sächlich Sachverhalte erklären oder der Verschleierung dienen. Ich bin jedenfalls der Ansicht, dass je deutlicher wir Dinge aussprechen, umso eher kommen wir dem Kern auf die Spur und umso eher sind wir in der Lage Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Die Franzosen haben es da einfacher. Die reden inzwischen ganz selbstverständlich in der politikwissenschaftlichen und historischen Debatte von einer „Faschosphäre“, also von dem Raum, in dem sich der Faschismus und die Faschisten bewegen. Diesen Raum zu umreißen, das ist dann wiederum unsere Aufgabe, wenn wir aktiv werden wollen.

Was ist links, was ist rechts?

Und das ist in letzter Zeit ein bisschen schwieriger geworden. Ich zitiere mal aus der Märkischen Allgemeinen Zeitung, und zwar aus einem Interview der vergangenen Woche, um zu verdeutlichen, was ich meine: „Das alte Links-Rechts-Schema in der Politik ist in Unordnung geraten. Wirtschaftlich liberal, bürgerlich konservativ auf der rechten Seite und links eher staats gelenkt und gesellschaftlich progressiv. Petry und Wagenknecht könnten das von verschiedenen Seiten wieder zurechtrücken. Dann hätten wir wieder klare Verhältnisse. Und Sahra Wagenknecht könnte der

● Volkmars Wölk publiziert vor allem zu den Themenschwerpunkten "Neue Rechte" und Nationalrevolutionäre, Ideologieentwicklung der extremen Rechten sowie zur Europakonzeption der extremen Rechten.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 1/4 ▶

AfD im Osten wirklich gefährlich werden.“¹ Sagt wer? Niemand anderes als Frauke Petry selbst. Und der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt ergänzt in seiner unnachahmlichen Art, ihm „hätte ein Bündnis aus Sahra Wagenknecht, Frauke Petry und Antje Hermenau durchaus gefallen“.² Im Hintergrund ist immer wieder die Frage: Was ist Links, was ist Rechts? Wo sind mögliche Schnittpunkte? Man könnte auch fragen: Ist eventuell diese Querfront, die immer wieder durch den politischen medialen Raum wabert, dieser neue Faschismus? Gibt es tatsächlich Überschneidungen zwischen links und rechts? Wie wirken diese?

Ich möchte mich in der nächsten viertel Stunde anhand eines neuen Büchleins dem Thema annähern. Es heißt „Marx von rechts“³, erschienen im Dresdner Jungeuropa Verlag. Verlagsinhaber ist ein gewisser Philip Stein. Ehemaliger Sprecher der Deutschen Burschenschaft, eng verbunden mit dem Institut für Staatspolitik. Hier werden verschiedene Interpretationen von Bruchstücken des marx'schen Denkens vorgestellt und geschaut, wie das von rechts genutzt werden kann.

Realpolitik versus Metapolitik

Der Buchdienst der „Jungen Freiheit“ wollte das nicht mitmachen und hat das Buch von der Versandliste gestrichen. Es ist im rechten Lager offensichtlich eine Debatte über dieses Bändchen entbrannt, die heftiger ausfällt, als es der Umfang rechtfertigen würde. Einer der Kritiker ist Karlheinz Weißmann, lange Jahre Vordenker dieser „Neuen Rechten“ und Mitbegründer und ehemals Chefideologe des Instituts für Staatspolitik. Der Göttinger Studienrat sprach sich in der Debatte gegen den Band aus, ohne explizit auf ihn Bezug zu nehmen. Hier kommt eine stra-

tegische Differenz innerhalb dieser „Neuen Rechten“ zum Ausdruck. Ist es das Ziel der „Neuen Rechten“, realpolitischen Einfluss zu gewinnen und in der großen Politik mitzumischen? Oder ist es das Ziel der „Neuen Rechten“, vor allem Metapolitik und ideologische Arbeit zu leisten? Weißmann und Dieter Stein, der Herausgeber der Jungen Freiheit, sind offensichtlich zu der Entscheidung gelangt, dass jetzt die Stunde der Realpolitik sei. Und dafür müsse man klare Bezüge auf so etwas, was er den Faschismus der Zwischenkriegszeit nennt, vermeiden.

Von der Querfront zur Volksgemeinschaft

Was soll nun mit diesem Buch erreicht werden? Die Autoren erklären, dass sie sich ihrerseits nicht zwingend als „rechts“ im geläufigen deutschen Sinne verstehen, sondern vielmehr an einer „Auflösung der klassischen Rechts-Links-Dichotomie arbeiten“⁴. Es geht also darum, in die Reihen des politischen, ideologischen Gegners einzubrechen und dort Verbündete zu gewinnen.

In seinem Vorwort schreibt Stein: „Wo das Gemeinwohl im Vordergrund stehen soll, kann nicht fortwährend in einem von der Zeit überholten binären Klassensystem gedacht und gekämpft werden. Denn und dann zitiert er den Spanier José Antonio Primo de Rivera: „Teilung bedingt Hass. Hass und Teilung aber sind unvereinbar mit Brüderlichkeit. Und so erlischt in den Gliedern ein und desselben Volkes das Gefühl, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allumfassenden, geschichtlichen Einheit zu sein.“ Stein fährt fort: „Wir jungen europäischen Rechten kennen dieses höhere Gefühl, dieses zeitlose Ideal, das über Klassen, Parteien und anderen mechanischen Konflikten steht. Dies ist unser entscheidender Vorteil.“⁵ Ich sehe hier den Begriff der Volksgemeinschaft aufleuchten. Ganz genau das ist

1 Sternberg, Jan: Petry rät Wagenknecht zur Gründung einer neuen linken Partei, in: Märkische Allgemeine vom 17.09.2018, im Internet unter: ► <https://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Petry-raet-Wagenknecht-zur-Grueundung-einer-neuen-linken-Partei>, zuletzt eingesehen am 08.10.2019.

2 Patzelt, Werner: Patzelts politische Position, in: Patzelts Politik. Ein Politikblog von Werner Patzelt, im Internet unter: ► <https://wjpatzelt.de/2018/09/18/patzelts-politische-position/>, zuletzt eingesehen am 08.10.2019.

3 Kaiser, Benedikt / de Benoist, Alain / Fusaro, Diego: Marx von rechts, Dresden 2018.

4 Ebd., S.143.

5 Ebd., S.12.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 2/4 ►

hier gemeint. Und Volksgemeinschaft ist natürlich nur zu schaffen, wenn ich Grenzen zwischen links und rechts und Grenzen zwischen Klassen überwinde und eine neue Synthese schaffe. Im historischen Faschismus hieß es, der Nationalismus habe die Nation als höchstes Ziel und genau deshalb muss er die soziale Frage für sich entdecken. Denn die Nation wird nie als Einheit handeln können, wenn ein Teil dieser Nation, nämlich die Arbeitenden, sozial ausgegrenzt wird.

Auf der Linken hieß es dagegen, das Proletariat sei die revolutionäre Klasse. Diese revolutionäre Klasse hat jedoch ihre Aufgabe nicht erfüllt. Sie hat jämmerlich versagt und sich mit Parlamentarismus und Lohnerhöhungen zufriedengegeben. Was mach ich als Revolutionär, wenn mir meine revolutionäre Klasse abhandenkommt?

Ich such mir ein neues revolutionäres Subjekt. Und nach etlichen langjährigen ideologischen Debatten zwischen dieser revolutionären Linken und der revolutionären Rechten wurde ein neues revolutionäres Subjekt gefunden, nämlich die Nation. Man entdeckte nämlich, dass es proletarische Nationen gab und imperialistische Nationen. Wie ganz von selbst ergab sich in dieser Debatte, dass jeweils die eigene Nation eine proletarische Nation war.

Primo de Rivera, der Vordenker der spanischen Falange, der faschistischen Partei in Spanien Anfang der 30er Jahre, war ein Musterbeispiel für diesen Anhaltspunkt. Sie nannten sich selbst nationalsyndikalistische Partei. Und dieser Primo de Rivera geistert mit seinem Ansatz, also der Verbindung von sozialer und nationaler Frage, durch die Ideengeschichte der „Neuen Rechten“. Philip Stein ist dabei nur der vorläufige Endpunkt.

Die „Konservative Revolution“ als ideologische Grundlage

Ich zitiere ein älteres Interview aus der Leipziger Volkszeitung vom 25. November 1995. Damals wurde der Geschäftsführer der Siemens-Stiftung gefragt, ob er ein Faschist sei. Und die Antwort lautete: „Ja, im Sinne von José Antonio Primo de Rivera.“ Auf die folgende Frage, was ihm Faschismus bedeute, antwortete er: „Faschismus ist für mich, wenn enttäuschte Liberale und enttäuschte Sozialisten sich zu etwas Neuem zusammenfinden. Daraus entsteht, was man konservative Revolution nennt.“⁶ Dieser Geschäftsführer der Siemens-Stiftung war der Schweizer Armin Mohler. Seine Dissertation trug den Titel „Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“. In der Faschismustheorie besteht inzwischen nahezu Einigkeit darüber, dass die konservative Revolution, also dieses Gemenge von Zeitschriften, Einzeldenkern, Kreisen und Bündeln, eigentlich die deutsche Entsprechung des Faschismus gewesen ist.

Genau an diese konservative Revolution versuchen „Neue Rechte“ heute anzuknüpfen. Und es ist dabei festzustellen, dass die Streitpunkte genau die gleichen wie damals sind. Nehmen wir die aktuelle Auseinandersetzung um das Bändchen „Marx von rechts“. Auf der einen Seite Dieter Stein und Karlheinz Weißmann, die beide aus der Deutschen Gildenschaft kommen. Auf der anderen Seite Götz Kubitschek, der ebenfalls Wurzeln in der Deutschen Gildenschaft hat. Schon in der Weimarer Zeit war in der Deutschen Gildenschaft ein Streit um die gleiche Frage entbrannt, wie sie auch bei dem Bändchen „Marx von Rechts“ eine Rolle spielt – nämlich um die Frage nach einer möglichen Querfront. Es gab einen Teil, der sich schon 1928 Richtung NSDAP verabschiedete und es gab einen Teil, der sagte, man müsse jetzt endlich Realpolitik machen und werde als

⁶ David, Fred: „Ich bin ein Faschist“, Interview mit Armin Mohler, in: Leipziger Volkszeitung vom 25/26.11.1995, Journal S. 2.

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 3/4 ►

Stichwortgeber der Rechten in den Parlamenten
gebraucht. Diese Spaltung finden wir heute auch
im Kern der „Neuen Rechten“ wieder. Die „Neue
Rechte“ sucht ihren Weg mit unterschiedlichen
strategischen Ansätzen, die nicht darüber hin-
wegtäuschen sollten, dass dahinter der gleiche
ideologische Ansatz steht: Nämlich eine Revita-
lisierung und Modernisierung des eigentlich
konservativ-revolutionären, sprich faschistischen
Gedankengutes.

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 4/4 ▶

2

WAS WILL DIE »NEUE RECHTE«?

Begriffskritik: Alter Wein in neuen Schläuchen

Ich möchte gern mit einer kleinen Begriffskritik beginnen: Bei dem Begriff der „Neuen Rechten“ handelt es sich um eine euphemistische und strategische Selbstbezeichnung, mit der Rechtsextreme versuchen, sich als weniger gefährlich bzw. harmloser darzustellen, als sie eigentlich sind.

Leider wird dieser Begriff sehr oft in den Medien unkritisch übernommen, was teilweise auch als Erfolg ihrer Normalisierungsstrategie gelesen werden kann. Es war Alain de Benoist selbst, der Gründungsvater der „Nouvelle Droite“ in Frankreich, der gesagt hat: „Die Alte Rechte ist tot, sie hat es wohl verdient. Sie ist daran zugrunde gegangen, dass sie von ihrem Erbe gelebt hat, von ihren Privilegien und von ihren Erinnerungen. Sie ist daran zugrunde gegangen, dass sie weder Wille noch Ziel hatte.“¹ Der Vorwurf der „Neuen Rechten“ an die „Alte Rechte“ lautet also, dass sie auf die aktuellen gesellschaftlichen Prozesse nicht mehr reagieren konnte, und dass es deshalb eines ideologischen wie strategisch organisatorischen Transformationsprozesses bedürfe. Wenn man sich aber das Gedankengut der „Neuen Rechten“ genauer ansieht, dann zeigt sich sehr deutlich, dass hier eher von einer Tarnung unter modernisierten Vorzeichen gesprochen werden kann, da der ideologische Kern weitgehend unverändert geblieben ist.

Institut für Staatspolitik als Teil eines arbeitsteiligen rechtsextremen Netzwerkes

Was will die „Neue Rechte“? Das möchte ich anhand des Institutes für Staatspolitik (IfS) zeigen. Seit Gründung des IfS im Jahr 2000 wurden viele Begriffe gefunden, um selbiges als wichtigsten Akteur der „Neuen Rechten“ in Deutschland zu beschreiben: Als „rechte Netzwerker“ und „Zentrum eines neurechten Imperiums“ werden sie ebenso bezeichnet wie als „intellektuelle konservative Avantgarde“, „Denkfabrik“, „Stichwortgeber“ oder gar eine Art „Gegenelite“.

Ich würde sagen, dass alle diese Umschreibungen insofern Recht behalten, dass hier etwas Neues geschaffen wurde und somit Schnellroda bzw. das IfS ein wichtiges geografisches und ideelles Zentrum aktueller Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geworden ist. Doch damit ist das IfS nicht alleine. Es ist Teil eines Netzwerkes, zu dem unter anderem auch noch zahlreiche Publikationsorgane und weitere Gruppierungen zählen. Unter anderem möchte ich hier noch den Verlag Antaios, die Zeitschrift Sezession, die Wochenzeitung Junge Freiheit, die Identitären oder EinProzent nennen. Es handelt sich um ein arbeitsteiliges Netzwerk, weil alle Akteur*innen unterschiedliche Aufgabenfelder bedienen. Die Junge Freiheit soll die Durchsetzung dieser Ideologie in der Presselandschaft übernehmen, das

● Judith Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin. Sie lehrt und forscht an der Universität Wien zu den Schwerpunkten geschlechterreflektierte politische Bildung, geschlechterreflektierte Pädagogik, Geschlechterdemokratie, Antifeminismus und (Anti-)Genderismus, Politische Bildung sowie Rechtsextremismusprävention und Rechtsextremismus.

¹ De Benoist, Alain: Kulturrevolution von rechts, Dresden 2017, S.29.

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 1/6 ▶

IfS und die eingegliederten Publikationsorgane Antaios und Sezession eher die Ideologieproduktion und die Publikation selbiger. Gruppen wie die Identitären versuchen, diese Ideologie im Mainstream zu vermitteln und auf die Straße zu tragen.

Tätigkeitsfelder des IfS

Es zeigen sich drei Tätigkeitsfelder des IfS. Zum ersten ist eine rechtsextreme Bildungsarbeit zu nennen. Das heißt, über Seminare und Winter- bzw. Sommerakademien wird die Szene geschult und weitergebildet. Hier geht es darum, die Ideologieproduktion weiter zu treiben und an die dafür Interessierten zu vermitteln, nicht zuletzt mit dem Ziel, eine neue intellektuelle rechtsextreme Elite hervorzubringen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Vernetzung. Bei den Seminaren und den Akademien kommt ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher rechter, rechtsextremer bis neonazistischer Akteure und Akteurinnen zusammen, die sich vor Ort vernetzen und austauschen, Kooperationen eingehen und ihre Handlungen miteinander abstimmen. Es zeigt sich, dass das IfS eine Art Bindeglied zwischen dem parteiförmigen Rechtsextremismus in Form der AfD und dem außerparlamentarischen Rechtsextremismus in Form von Burschenschaftlern, Identitären bis hin zu (Ex-) Mitgliedern der NPD ist. Nicht zuletzt ist auch die Infrastruktur wichtig, die das Institut anbietet, also die Möglichkeiten zur Veröffentlichung dieser Ideologieproduktion und zur Weiterbildung und Finanzierung von verschiedenen Projekten.

Ziele des IfS

Das IfS verfolgt vor allem zwei Ziele. Zuerst geht es um die Bildung von geistigen und intellektuellen

Eliten unter den Vorzeichen einer Wissenschaftlichkeit. Allein schon der Name „Institut“ ist irreführend, weil Institute in der Regel an Universitäten, Hochschulen oder Akademien eingegliederte Forschungseinrichtungen darstellen. Die Selbstbezeichnung als „Institut“ verleiht dem IfS einen Anschein von Wissenschaftlichkeit, mit dem sie natürlich spielen. Genauso wie der Begriff „konservative Intellektuelle“ verschleiert dies, dass es sich hierbei um völkischnationalistische, rechtsextreme Denker*innen handelt. Nicht zuletzt bietet der Bauernhof in Schnellroda die perfekte Kulisse für diese Selbstinszenierungen, die leider viel zu oft im Mainstream aufgenommen und reproduziert werden. Das zweite wichtige Ziel ist die sogenannte Metapolitik, mit der rechtsextreme Denkmuster produziert, normalisiert und verbreitet werden, um den Kampf um die Köpfe zu führen. Es gibt einen Richtungsstreit zwischen Vertreter*innen der Realpolitik und der Metapolitik. Während die einen darauf abzielen, über den Parlamentarismus politische Veränderungen zu erzielen, lehnen sich die anderen vor allem an Benoist an, der versuchte, die Hegemonietheorie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci für eine Kulturrevolution von Rechts zu adaptieren. Metapolitiker*innen geht es vor allem um den Einfluss auf den vopolitischen, zivilgesellschaftlichen Raum, wo Sinnzusammenhänge entstehen, und wo entscheidenden gesellschaftlichen Fragen Sinnstiftungen verliehen werden. Sie wollen ihre eigenen Kulturwerte in diesen Prozess einfließen lassen, um letztendlich eine Veränderung des gesellschaftlichen Denkens zu erwirken und gesellschaftliche Fragen in ihrem Interesse zu beantworten. Das heißt, dass gesellschaftlich relevante Vorstellungen von Volk und Nation mit neuen Sinnstiftungen versehen werden, die die Vorherrschaft der gültigen Sicht auf die Dinge verändern bzw. erneuern. Dieser Prozess soll

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 2/6 ►

langfristig zu einer Verankerung rechtsextremer Ideen im gesellschaftlichen Bewusstsein führen. Dass sie damit erfolgreich sind, lässt sich nicht zuletzt an der Verbreitung ihres Gedankenguts ablesen.

Zum einen gibt es die enorme Präsenz neurechter Vertreter*innen in den Medien, zu erwähnen sind hier vor allem die sogenannten Homestorys über Götz Kubitschek, die eine vermeintliche Idylle auf seinem angeblichen Rittergut abbilden und seine rechtsextreme Vita verharmlosen. Gleichzeitig lässt sich der Erfolg auch daran ablesen, wie präsent manche Werke des IfS im Mainstream sind.

Das zeigte sich an dem 2017 veröffentlichten antisemitischen und verschwörungsideologischen Buch „Finis Germania“, das auf der Liste der „Sachbücher des Monats“ landete, oder die Tatsache, dass Kubitschek und sein Antaios-Verlag inzwischen bei den renommiertesten Buchmessen im deutschsprachigen Raum mit Ständen vertreten sind. Es zeigt sich daran auch, dass etablierte Parteien Diskursfragmente dieser Ideologie übernehmen. All diese Aspekte sind Belege für eine erfolgreiche Normalisierungsstrategie durch metapolitische Ambitionen.

Was steht hinter der Metapolitik? Ethnopluralismus.

Welche Ideen werden über das metapolitische Agieren transportiert? Ihren Rassismus verschleiern „Neue Rechte“ mit dem Konzept des Ethnopluralismus, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als der altbekannte völkische Nationalismus der sogenannten Alten Rechten. Sie versuchen damit völkisches Denken ohne direkten Bezug auf die Rassenideologie zu rekonstruieren, zugleich aber wesentliche Elemente des

Rassendiskurses fortzuschreiben. Das bedeutet, dass viele der sogenannten Neuen Rechten behaupten, sie wären nicht (mehr) rassistisch, sondern sie wären vielmehr ethnopluralistisch. Hinter diesem Konzept verbirgt sich die Vorstellung, dass alle Kulturen gleich viel wert seien und alle Kulturen erhalten werden sollten. Dies wäre aber nur möglich, wenn jeder Kulturkreis auf dem vorbestimmten Territorium bleibe. Es dürfe keine Vermischung unterschiedlicher Kulturen geben. Jede national ethnokulturelle Identität könne nur erhalten bleiben, wenn Gleiche unter Gleichen blieben. Es handelt sich um ein zutiefst antipluralistisches, antiegalitäres Konzept, das nichts anderes intendiert als der altbekannte völkische Nationalismus. Der Ethnopluralismus ist nur scheinbar von der Last des Nationalsozialismus befreit, weil auch hier das Volk als eine Art organisch gewachsene Abstammungsgemeinschaft und die Nation als ethnische Homogenität gedacht wird. Neu ist nur, dass der Begriff „Rasse“ oder der Begriff „Volk“ durch den Begriff der „Kultur“ ersetzt wird.

Aber Kultur wird auch in diesem Denken als etwas Statisches und Unveränderbares gedacht. Kultur im Sinne des Ethnopluralismus ist eine Schicksalsgemeinschaft, aus der man nicht heraus kann, die vorherbestimmt ist und unter die man sich unterwerfen muss.

Der Staatsbegriff des IfS

Nun möchte ich auf den Staatsbegriff des IfS eingehen, der schon im Titel des Instituts

Es handelt sich um ein zutiefst antipluralistisches, antiegalitäres Konzept, das nichts Anderes intendiert als der altbekannte völkische Nationalismus.

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 3/6 ►

enthalten ist. Tatsächlich handelt es sich um ein Kernthema des IfS, was sich unter anderem an der Publikation des fünfbandigen „Staatspolitischen Handbuches“ zeigt, das von Kubitschek herausgegeben worden ist. Schon 2002 schrieb Moritz Schwarz in der Jungen Freiheit 17/2002: „Programm ist auch der Name des Institutes. Anders als im liberalem Verständnis, wo Politik als das Organisieren von Problemen, Kompromissen und Entscheidungen verstanden wird, also eine gesellschaftliche Betonung hat, verweist der Terminus Staatspolitik auf den philosophisch-politischen Charakter des Begriffs Politik. Hier bedeutet Politik das Handeln in Verantwortung vor dem Staat.“ Daraus lässt sich ablesen, dass Politik im IfS nicht vom Menschen her gedacht wird, sondern vom autoritären Machtstaat. In einem solchen Verständnis gibt der Staat vor, was gut für das „Volk“ ist. Das „Volk“ habe sich dieser Politik zu unterwerfen. Liberale und soziale Elemente werden aus einem solchen Staatsverständnis komplett gestrichen. Das Staatsverständnis des IfS knüpft an den Staatsrechtler Carl Schmitt an, der von den Nationalsozialist*innen hofiert wurde. Schmitt wollte die plurale Demokratie durch eine identitäre ersetzen. Die Demokratie sollte nicht mehr eine heterogene, pluralistische Demokratie sein, die Raum für die Entfaltung vieler unterschiedlicher Individuen lässt, sondern diese sollte nach Schmitts Verständnis durch ein völkisches, identitäres Staatsverständnis im Sinne einer Ethnokratie ersetzt werden. Folglich sei Demokratie nur ein Konzept für Mitglieder der gleichen ethnokulturellen Gemeinschaft. Gleichzeitig gibt es auch in der Politik bzw. in der Ideologie des IfS eine Aufspaltung zwischen der Staatsidee von einem identitären Machtstaat, dem man sich unterwerfen soll, und konkreter Staatswirklichkeit. Diese konkrete Staatswirklichkeit, wie wir sie heute antreffen, wird von den Akteur*innen des IfS kritisiert, weil sie „aus den Fugen geraten“ sei.

Daraus leiten sie die Legitimation ab, selbst-ermächtigt die aus den Fugen geratene Staatswirklichkeit bekämpfen zu müssen, um diese aus den „Händen von Linken und Liberalen“ (Weißmann 2009, 15) zu befreien. Es wird ein Staatsumbruch anvisiert mit dem Ziel der Errichtung eines neuen autoritären Machtstaates, in dem die vom IfS ausgebildete Elite die Führung übernehmen soll.²

Verhältnis von Demokratie und Gewalt

Abschließend möchte ich noch auf das Verhältnis von Demokratie und Gewalt eingehen. Die „Neue Rechte“ hat sich vordergründig vom Nationalsozialismus distanziert und bezieht sich auf Protagonisten der Konservativen Revolution, die allerdings bei genauerer Betrachtung als faschistisch zu bezeichnen sind.

Gleichzeitig habe ich schon mehrfach betont, dass es in diesem antiegalitären und antipluralistischen Staatsverständnis – und auch in der Ideologie an sich – um die Ablehnung sämtlicher Grundlagen der modernen Demokratie geht. Das heißt, dass die offene Gesellschaft in dieser Ideologie schlichtweg abgelehnt wird, weil das „Volk“ als homogen gehaltene Abstammungsgemeinschaft gedacht wird, das Individuum an sich nichts zählt, sondern immer nur als Teil eines Zwangskollektivs gedacht wird. Auf diese Weise wird die völkische Ideologie weitverbreitet – getarnt unter dem Schlagwort „Ethnopluralismus“. Das autoritäre Staatsverständnis des IfS, das die Entfernung aller sozialen und liberalen Momente vorsieht, ist weit weg von einem Verfassungsstaat, wie wir ihn kennen. Es richtet sich ganz klar gegen die demokratische Verfasstheit dieser Gesellschaft.

² Vgl. Kellershohn, Helmut: "Es geht um Einfluss auf die Köpfe" – Das Institut für Staatspolitik, in: www.bpb.de vom 07.07.2016, einsehbar unter:

► <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik>, zuletzt eingesehen am 10.09.2019.

Es wird ein Staatsumbruch anvisiert mit dem Ziel der Errichtung eines neuen autoritären Machtstaates

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 4/6 ►

Das Verhältnis zur Gewalt

Das Verhältnis des IfS zur Gewalt lässt sich an vier Ebenen festmachen. Zunächst spiegelt sich die Affinität zu Gewalt im ständigen Appell an wehrhafter und damit auch gewaltförmiger Männlichkeit wider. Unter der ständigen Betonung von Untergangsfantasien steht die „Verteidigung des Eigenen“ im Vordergrund, verbunden mit einem stetigen Appell an individuelle Wehrhaftigkeit. Natürlich geht es hier nicht nur um argumentative Wehrhaftigkeit, sondern auch um eine physische Wehrhaftigkeit, die aktuell auf den Straßen in Chemnitz oder Köthen ihre Umsetzung findet. Gleichzeitig ist Gewalt auch ein Thema in der Ideologieproduktion. Bei der Winterakademie 2017 wurde beispielsweise der US-Amerikaner Jack Donovan eingeladen, ein zutiefst frauenfeindlicher Maskulinist, der unter anderem Bücher wie „Der Weg der Männer“ geschrieben hat. In diesem ruft er dazu auf, dass sich Männer wieder in Rudeln zusammenfinden und gemeinsam in den Wald gehen und sich verprügeln sollten, um herauszufinden, wer der Stärkere sei. Dieser solle dann das Rudel anführen. Auf der Winterakademie in Schnellroda vertrat er dann die These, dass Gewalt ein wichtiges Mittel jeder Kultur sei und, dass man endlich Abstand nehmen solle von dem permanenten Opferdiskurs. Gewalt sei ein Mittel in der Verteidigung der eigenen Identität gegen „die Anderen“ und daher stelle sich für ihn die Frage, „ob Gewalt gegen Leute, die nicht meine Leute sind, gut oder böse ist“, schlicht gar nicht. Entscheidend sei, „ob der Einsatz von Gewalt erfolgversprechend ist“. Nur so könne eine „Kultur der Stärke“ geschaffen werden, schließlich „brauche jeder einmal einen Schlag in die Fresse“.³

Mit dabei waren auch Martin Sellner, Chef der österreichischen Identitären, sowie der AfD-Politiker Marc Jongen, der den Deutschen eine

„fehlende Thymosspannung“ bzw. eine „Thymoschwäche“ konstatierte. Damit meint er, dass ihnen Selbstachtung fehle, was zu mangelndem Nationalstolz sowie Selbsthass und der mangelnden Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, führe.

Es zeigt sich also, dass es sich bei der Selbstinszenierung „gewaltfrei“ um einen – leicht dekonstruierbaren – Mythos handelt. Letztlich muss auch der Zusammenhang zwischen verbaler und schriftlicher Hetze (und der im Antaios-Verlag produzierten Bücher) und den Angriffen auf der Straße gesehen werden: Sie schaffen das theoretische Fundament eines völkischen Nationalismus, den Pegida auf der Straße und die AfD im Parlament vertritt und umzusetzen versucht. Gewalt ist in der Ideologie, die immer auf Ausgrenzung und Diskriminierung ausgerichtet ist, permanenter Bestandteil und, wie sich in den Ausführungen von Donovan und Anderen gezeigt hat, scheinbar legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Entsprechend werden gewalttätige Bestrebungen bedient und verstärkt. Gewalt ist somit eine Konsequenz, die sich aus diesem Gedankengut ableiten lässt.

Conclusio

Gerade aufgrund der überregionalen Bedeutung des IfS als zentrale Denkfabrik menschenfeindlicher Ideologien sowie Kaderschmiede einer rechtsextremen Elite ist es wichtig, sich mit dem IfS auseinanderzusetzen. Hinzu kommt, dass es den Akteur*innen immer erfolgreicher gelingt, Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse zu nehmen

³ Vgl. Steinhagen, Martin: Schulterschluss im Dorfgasthof, in: der rechte rand, Nr. 166, Mai 2017, im Internet unter: ▶ <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2636/17-winterakademie-ifs/>, zuletzt eingesehen am 10.09.2019.

Das heißt, dass die offene Gesellschaft in dieser Ideologie schlichtweg abgelehnt wird, weil das „Volk“ als homogen gehaltene Abstammungsgemeinschaft gedacht wird.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 5/6 ▶

und rechtsextreme Denkmuster zu normalisieren. Diese Entwicklungen und Tendenzen stellen nicht zuletzt eine Bedrohung für die demokratische Verfasstheit dieser Gesellschaft dar. Es muss auch beachtet werden, dass sich der in rechtsextremen Kreisen betriebene Antiegalitarismus und Antipluralismus nicht nur gegen Migrant*innen, sondern gegen alle Andersdenkenden richtet, die nicht in das Weltbild der Rechten passen. Umso wichtiger erscheint es daher, die rechtsextremen Normalisierungsstrategien offenzulegen und antidemokratische Denkmuster zurückzudrängen.

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 6/6 ►

3

WAS KANN DIE »NEUE RECHTE« (NICHT)?

Es ist naheliegend, dass in der „Neuen Rechten“ Selbstdarstellung und Realität sehr weit auseinander liegen. Ich werde in meinem Vortrag von der „Neuen Rechten“ sprechen, obwohl der Begriff den Gegenstand nur äußerst ungenau beschreibt. Die „Neue Rechte“ ist aus meiner Sicht weder neu, noch sind die Strukturen und Organisationen unter diesem Label treffend zusammenzufassen. Ich halte deswegen die Bezeichnung „extrem rechte Netzwerke“ für passender. Da aber die Benennung „Neue Rechte“ in der öffentlichen Diskussion etabliert ist, werden wir sie hier auch verwenden und versuchen, im Laufe der heutigen Tagung den Begriff zu schärfen.

Vier Thesen

In meinem Input werde ich vor allem auf die Unstimmigkeiten und Widersprüche der „Neuen Rechten“ hinweisen und diese genauer analysieren, um zu erkennen, wo sie verwundbar ist. Die aus meiner Sicht wichtige Frage lautet: Kann

die „Neue Rechte“ in ihrer Bedeutung zurückgedrängt werden oder wird sich deren Netzwerk weiter verfestigen? Ich habe vier Thesen zur „Neuen Rechten“ aufgestellt, die ich mithilfe von kurzen Videosequenzen und Bildern erläutern werde. Diese Thesen lauten:

1. Die „Neue Rechte“ ist nicht innovativ.
2. Die „Neue Rechte“ ist nicht vom historischen Nationalsozialismus oder Rechtsextremismus abzugrenzen.
3. Die „Neue Rechte“ ist nicht geeint.
4. Die „Neue Rechte“ ist nicht intellektuell.

Beginnen werde ich mit einer kurzen Videosequenz, in der Alexander Gauland in einer Talkshow von Anne Will versucht, das Programm der AFD zu erläutern.¹

Anne Will: *„Aufgefallen ist ohnehin, dass Sie im Grunde genommen immer gegen alles sind. [...] Was Sie nie sagen ist, ob Sie irgendeine konstruktive Idee für Deutschland hätten, wie Sie Deutschland gut und konstruktiv verändern möchten.“*

- Torsten Hahnel arbeitet bei
- ▶ Miteinander e.V. in der Arbeitsstelle Rechtsextremismus (AREX). Der Schwerpunkt der Arbeit der AREX liegt auf der Analyse von Entwicklungen in der rechtsextremen Szene in Sachsen-Anhalt und deren Einordnung in überregionale Kontexte.

- ▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

- ▶ Nächstes Kapitel

Alexander Gauland: „Das ist im Moment nicht unsere Aufgabe.“

Gauland ist kein klassischer Vertreter der „Neuen Rechten“. Er ist aber einer der wichtigsten Protagonist*innen, da er durch den Übergang von der CDU zur AfD und durch wiederholte öffentliche Tabubrüche die Grenzen nach Rechts außen immer weiter verschoben hat.

In den letzten Jahren haben sich extrem rechte Netzwerke entwickelt. In diesen Netzwerken sind verschiedene Akteur*innen, Strukturen und Positionen miteinander verknüpft. Diese Netze sind in manchen Regionen sehr eng und feinmaschig, in anderen weiter. Auch wenn zahlreiche Protagonist*innen aus Westdeutschland kommen, sind diese Netze im Osten deutlich stärker, wobei die „Neue Rechte“ in vielen Regionen von fehlender Gegenwehr durch die Mehrheitsgesellschaft profitiert. Wir haben das in den letzten Jahren schon bei der klassischen Neonazi-Szene gesagt: Die Schwäche der Zivilgesellschaft ist die Stärke der Rechtsextremen. Das trifft selbstverständlich auch auf die Netzwerke der „Neuen Rechten“ zu.

Erste These: Die „Neue Rechte“ ist nicht innovativ

Ich komme zur ersten These: „Die Neue Rechte ist nicht innovativ“. Sie ist nicht innovativ, weil sie keine eigenen Ideen entwickelt, sondern sich inhaltlich an der sogenannten Konservativen Revolution bedient, also bei den faschistischen Vordenkern des Nationalsozialismus. Strategisch und konzeptionell wird sich dagegen bei linken Theorien bedient, von Antonio Gramsci bis hin zu den „68ern“. Vor knapp 10 Jahren versuchten Akteure mit der „Konservativ Subversiven Aktion“ (KSA) diese Anleihen in die Praxis zu übersetzen. Die Idee stammte insbesondere von Götz Kubitschek, der damit versuchte, Aktionsformen

der „68er“ zu adaptieren. Allerdings waren diese Aktionen nicht besonders erfolgreich und wurden eher belächelt. Seit einigen Jahren werden diese Ideen mit etwas mehr öffentlicher Beachtung hauptsächlich durch die Identitäre Bewegung (IB) aufgewärmt.

Durch die „Neue Rechte“ wird ständig der absurde Vergleich der heutigen Situation mit dem Ende der DDR bemüht. So sieht sich die „Neue Rechte“ als legitime Nachfolgerin der DDR-Bürgerrechtler*innen, von denen mittlerweile tatsächlich einige in diesen Kreisen eine neue politische Heimat gefunden haben. Andererseits wird die Besteigung des Brandenburger Tors und die Forderung nach geschlossenen Grenzen, ausgerechnet an dem Ort, der wie kein anderer für die Unmenschlichkeit der deutsch-deutschen Grenze stand, zur Bildikone der Szene aufgebaut. In diesem Falle allerdings mit tatkräftiger Unterstützung aller Medien. Ich habe mich gefragt, wie geschichtsvergessen man sein muss, um sich auf das Brandenburger Tor zu stellen und geschlossene Grenzen zu fordern. In der öffentlichen Diskussion ist dieser Aspekt leider untergegangen. Das zeigt auch, dass es Nachholbedarf gibt und die Medienvertreter*innen lernen müssen, mit den Selbstinszenierungen der „Neuen Rechten“ adäquat umzugehen.

Zweite These: Die „Neue Rechte“ ist nicht vom Nationalsozialismus und vom militanten Rechtsextremismus abzugrenzen

Es lohnt sich, die Eigendarstellung und die Realität der Identitären gegenüberzustellen. Sie behaupten, dass sie keinen Bezug zum Nationalsozialismus

Tatsächlich wurde der Großteil der Aktivist*innen in der neonazistischen Szene sozialisiert.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 2/5 ►

hätten. Tatsächlich wurde der Großteil der Aktivist*innen in der neonazistischen Szene sozialisiert. Sie sagen, sie seien demokratisch, lehnen aber zentrale Merkmale der Demokratie ab und missachten demokratische Institutionen. Sie benutzten Gewalt und Einschüchterung gegen politische Gegner*innen und sind teilweise wegen Gewalttaten vorbestraft. Die „Neue Rechte“ greift zudem in zentralen ideologischen Punkten auf antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien zurück, um die Welt und komplexe Zusammenhänge zu erklären. Sie kann und will sich nicht von antisemitischen Positionen abgrenzen, obwohl sie sich ständig als Beschützerin der deutschen Jüd*innen aufspielt. Das ambivalente Verhältnis zum Judentum funktioniert nach der Formel „der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Hiernach hält die „Neue Rechte“ das Judentum und Israel für natürliche Verbündete im Kampf gegen den Islam.

Außerdem wird die Zeit des Nationalsozialismus verharmlost und gleichzeitig gefordert, die offene Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zu beenden. Abgrenzungsbeschlüsse zu rechtsextremen Strukturen sind reine Kosmetik, im Gegenteil wachsen rechtsextreme Strukturen im Umfeld der AfD zusammen. Dadurch kann die AfD nahezu ungehindert ideologische Schranken zur Mitte der Gesellschaft einreißen und die Grenzen weiter nach rechts verschieben, weil sie von vielen Menschen und Wähler*innen immer noch als demokratische Partei wahrgenommen wird. Bei den Demonstrationen im September 2018 in Chemnitz und Köthen hat sich deutlich gezeigt, wie selbstverständlich alle Spektren der extremen Rechten mittlerweile auch öffentlich miteinander kooperieren.

Die enge Kooperation in diesem Netzwerk, vor allem die Rolle der AfD, wird besonders deutlich an dem extrem rechten Hausprojekt in Halle. Über die Person Andreas Lichert, der Landtags-

abgeordneter für die AfD in Hessen ist, und über die Titurel-Stiftung, die eine Gründung aus dem Umfeld des IfS ist, wurde das Haus gekauft und den Identitären zur Verfügung gestellt. Auch andere Strukturen der „Neuen Rechten“ haben dort ein Domizil gefunden und versuchen die Vernetzung weiter voran zu treiben. Was das bedeutet, war bereits bei einer ersten Demonstration gegen das Haus im Juni 2017 zu beobachten. Ungefähr 80 bis 100 Sympathisant*innen der Identitären sammelten sich demonstrativ vor dem Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße. In trauter Einigkeit standen dort regionale Neonazis, AfD-Parlamentarier, Identitäre und ehemalige Funktionäre der JN, also der Jugendorganisation der NPD.

Dritte These: Die „Neue Rechte“ ist nicht geeint

Ich komme zur nächsten These, die bei der Frage nach den Brüchen in der Struktur der „Neuen Rechten“ besonders wichtig sein dürfte. Die „Neue Rechte“ streitet sich, wenn es nur irgendwie die Möglichkeit dazu gibt. Die Radikalisierungsschübe der AfD waren jeweils mit heftigen persönlichen Anfeindungen verbunden. Ein Tag nachdem im September 2017 die damals amtierende Parteivorsitzende Frauke Petry die Partei verließ, postete Hans-Thomas Tillschneider bei Facebook ein Bild unter dem Titel „Petry go home, die Schlange ist tot.“ Auch beim Rückzug André Poggenburgs von der innerparteilichen Strömung Der Flügel, dem er zwei Wochen vorher noch ewige Treue schwor, wurde sichtbar, wie heftig die Machtkämpfe innerhalb des extrem rechten Lagers sind.

Abgrenzungsbeschlüsse zu rechtsextremen Strukturen sind reine Kosmetik, im Gegenteil wachsen rechtsextreme Strukturen im Umfeld der AfD zusammen.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 3/5 ►

Aber auch außerhalb der Partei wird mit harten Bandagen um die Vorherrschaft gekämpft. Lutz Bachmann, der als Begründer von Pegida gilt, teilte kurz nach den Demonstrationen in Chemnitz heftig gegen die West-AfD-Verbände aus, indem er diesen erklärte, dass sie im Osten eigentlich nichts zu suchen hätten, weil sie nur kämen, um Vorschriften zu machen.² Wichtig ist dabei, dass trotz der mittlerweile beachtlichen Größe dieser rechten Netzwerke alle Fäden zentral bei wenigen Personen zusammenlaufen. Der Widerspruch zwischen Elitedenken und Massenbasis kann nicht aufgehoben werden und führt immer wieder zu heftigen persönlichen Verwerfungen. Der Führeranspruch und -kult um einzelne Personen führt zu einem ständigen Machtkampf innerhalb der Strukturen der „Neuen Rechten“. Das Konzept vom „Recht des Stärkeren“, das tief in die DNA rechter Strukturen eingeschrieben ist, führt dazu, dass die Stärkeren ständig versuchen, sich auf Kosten der weniger Starken zu profilieren. Ohne diese Machtkämpfe ist die „Neue Rechte“ nicht zu denken.

Vierte These: Die „Neue Rechte“ ist nicht intellektuell

Ich komme zur letzten These, in der es mir darum geht, das selbsterzeugte Bild der „Neuen Rechten“, das leider viel zu oft von zahlreichen Medienvertreter*innen übernommen wird, zu brechen: Die „Neue Rechte“ ist nicht intellektuell. Sie stellt komplexe gesellschaftliche Entwicklungen unterkomplex und extrem vereinfacht dar. Die Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“ wird zur Grundlage der politischen Strategie. Aus möglicherweise berechtigter Kritik an staatlichen Institutionen wird der Kampf gegen die „Merkel-Diktatur“ und jede kritische Frage nach Strategien und Aktivitäten der

„Neuen Rechten“ wird mit Verdacht auf „Fake-News“ oder angeblichen Verstrickungen zu linksextremen Strukturen abgewehrt. Worterschöpfungen wie „links-grün-versifft“, „Messermigration“ und weitere zeigen, wie niveaulos die selbsternannten Intellektuellen tatsächlich sind. Nicht zuletzt sind viele der Protagonist*innen der Szene primär an ihrer Selbstdarstellung und -vermarktung interessiert. So werden im Antaios-Verlag Bücher auf den Markt geworfen, die kaum über das Niveau eines Arztromans hinauskommen und deren wichtigste Aufgabe darin besteht, großformatige Selbstportraits unter die Leute zu bringen. Dagegen ist es wichtig, Personen wie Götz Kubitschek in Situationen zu zeigen, in denen er nicht in der Lage ist, sich als Intellektueller zu inszenieren. Das Bild der Intellektualität fällt sofort auseinander, wenn ihm widersprochen wird. Jene, die Kubitschek schon einmal außerhalb eines selbstgesteckten Rahmens erlebt haben, wissen wie schnell seine Maske fällt und wie schnell er unsachlich und überhaupt nicht intellektuell reagiert.

Und genau darum geht es mir bei meinen Ausführungen. Natürlich haben Kubitschek und Kositzka intellektuelle Fähigkeiten. Diese nutzen Sie aber hauptsächlich, um ihre eigentlichen Ziele zu verschleiern. Sie werden nie gefragt: „Was sind eigentlich Ihre Ideen von Gesellschaft, wie sieht denn eigentlich das Land aus, in dem sie etwas zu sagen hätten?“ Es ist nicht interessant, ob sie ihre Ziegen melken oder warum sie sich siezen, sondern es geht darum, wofür diese Menschen und ihr größer werdendes Umfeld ideologisch stehen. Der Erfolg der „Neuen Rechten“ fußt auf einer unkritischen Übernahme ihrer Selbstdar-

Der Führeranspruch und -kult um einzelne Personen führt zu einem ständigen Machtkampf innerhalb der Strukturen der „Neuen Rechten“

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 4/5 ►

stellung und einer fehlenden Infragestellung ihrer Beteuerungen, sich an demokratische Regeln zu halten durch Teile der Öffentlichkeit. Es wäre besser, sie an ihren programmatischen Aussagen zu messen. Für mich besteht nicht der geringste Zweifel darin, dass die Vertreter*innen der „Neue Rechten“, wenn sie jemals die Möglichkeit bekommen sollten politische Macht auszuüben, diese nutzen werden, um die Demokratie zu beseitigen. Sie daran zu hindern, ist ein Ziel dieser Tagung.

**Die „Neue Rechte“ ist nicht intellektuell.
Sie stellt komplexe gesellschaftliche
Entwicklungen unterkomplex und ex-
trem vereinfacht dar.**

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 5/5 ▶

DISKUSSION UND NACHFRAGEN

nach den ersten drei Impulsen

× Moderation: Volkmar, wie würdest du jemandem, der sich nicht ständig mit dem Thema „Neue Rechte“ befasst, kurz und knapp klar machen, dass hier eine faschistische Ideologie vertreten wird?

× Wölk: Die erste Antwort, die ich immer bekomme, wenn ich auf die Gefährlichkeit hinweise, ist: Das sind doch keine Nazis. Sind es ja auch nicht, sondern es sind konservative revolutionäre Faschisten oder „Neue Rechte“ oder wie auch immer man sie nennen will. Die historischen Nazis waren ein Sonderfall. In Deutschland muss neben der Last unserer Vergangenheit einer weiterer Punkt berücksichtigt werden: Alles, was rechts ist, wird daran gemessen, ob es neonazistisch ist oder nicht. Und nur wenn etwas mit dem Etikett „Nazi“ versehen wird, wird es auch ernst genommen und als gefährlich eingestuft. Wir haben es in Deutschland in der Wissenschaft nie geschafft, einen generischen Faschismusbegriff herauszuarbeiten. Faschismus wird immer auf den deutschen Faschismus bzw. den historischen Nationalsozialismus eingeengt. Ich kann aber das Wesen einer politischen Ideologie und einer Bewegung nicht erklären und bekämpfen, wenn ich mich nur auf einen Sonderfall beschränke. Ich muss also zurück an die Wurzel der Entstehung

faschistischer Bewegungen und nur, wenn ich mich darauf einlasse, werde ich etwas bewirken können.

× Frage aus dem Publikum: Mir ist ein Satz von Torsten Hahnel im Kopf geblieben. Da ging es darum, was passieren würde, wenn die „Neue Rechte“ Macht bekommen würde. Ich habe den Eindruck, dass die Einschätzungen auf dem Podium bezüglich dessen auseinander gehen, wie viel tatsächliche Macht diese „Neue Rechte“ schon hat.

× Hahnel: Mir ging es vor allem darum zu zeigen, dass es Brüche gibt und dass die „Neue Rechte“ angreifbar ist, weil sie tatsächlich sehr weit von ihrem Selbstbild entfernt ist. Dennoch: Wenn sie nur ein Scheinriese und unbedeutend wäre, würden wir jetzt nicht hier sitzen. In den letzten Jahren hat es zweifellos einen Rechtsruck gegeben. Sicher haben sie mittlerweile größeren Einfluss als vor ein paar Jahren. Aber sie sind trotzdem noch lange nicht in der Lage ihr Programm wirklich umzusetzen. Ich meine diesen Satz tatsächlich ernst: Wenn sie politische Macht bekommen, dann werden sie diese in ihrem Sinne einsetzen. Vielleicht nicht mit einem Fackelmarsch in Berlin am ersten Tag, wie 1933, aber

- ▶ Volkmar Wölk
- ▶ Judith Goetz
- ▶ Torsten Hahnel

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 1/4 ▶

5

sukzessive werden sie genau das tun, wovon sie seit Jahren reden und was wir auch teilweise in unseren Nachbarländern beobachten können.

× Goetz: Es ist ein langsamer Sickerungsprozess, den ich gerne an einem Beispiel aufzeigen möchte, nämlich am Schlagwort „Großer Austausch“. Dieser Begriff stammt vom französischen Publizisten Renaud Camus. Der Antaios Verlag hat sein Buch auf Deutsch übersetzt und herausgebracht. Die Identitären haben eine Kampagne zum „Großen Austausch“ gemacht und haben diesen Begriff immer wieder verwendet. Damit entwickelte er eine Eigendynamik. Inzwischen sprechen auch AfD und FPÖ vom „Großen Austausch“. Der Begriff wird mittlerweile ganz unabhängig vom rechtsextremen Spektrum benutzt. Daran lässt sich erkennen, wie diskursive Strategien und der metapolitische Kampf funktionieren: Durch eine neue Wortkreation, die historisch nicht so belastet ist. Alte Nazis hätten von „Umvolkung“ oder „Volkstod“ gesprochen. Und die „Neue Rechte“ verwendet diese neue Bezeichnung und schafft es durch stetige Wiederholung dem ganzen Diskurs ein neues Framing zu geben. Damit waren sie sehr erfolgreich. Gleichzeitig würde ich dennoch sagen, dass es Scheinriesen sind. Auch deswegen, weil die Medien und die Gesellschaft sie durch den immer wieder auch notwendigen Skandalisierungsalarmismus größer machen als sie sind. Die Gefahr, dass sie noch mehr Bedeutung und Macht bekommen, steht immer im Raum. Die große Mehrheit der Journalistinnen und Journalisten ist auf die Kommunikationsstrategien der Identitären reingefallen und hat ihnen zu deren Größe und Erfolg verholfen.

× Wölk: Ich nannte vorhin die deutsche Hochschulgilde als Knotenpunkt des neuen rechten Netzwerkes mit unterschiedlichen strategischen

Ansätzen. Da gibt es auch den Flügel, der von Anfang an gesagt hat: Wir kämpfen innerhalb des Systems für eine Veränderung des Systems. Dafür ein paar Beispiele: Der ehemalige Schwiegervater von Götz Kubitschek war Staatssekretär im hessischen Kultusministerium. Er hat die Schulpolitik beeinflusst und war in dieser Zeit ein enger Mitstreiter von Alexander Gauland, der damals schon innerhalb und außerhalb der Union die Strippen gezogen hat. Ein weiterer führender Gildenschaftler aus diesem Umfeld war Chef der Bundeszentrale für politische Bildung. Ein AfD-Funktionär wurde vor drei Jahren enttarnt, der immerhin für den Vorsitzenden der Landesfachgruppe Inneres, Verfassung und Recht als Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz beschäftigt war, und zwar als Auswerter im Bereich Extremismus. Genau solche Sachen können eben auch schon vor einer Machtergreifung wirken. Und diese schleichende Veränderung halte ich im Endeffekt für viel gefährlicher.

× Frage Publikum:

Ich sehe einen Widerspruch: Wir beschäftigen uns mit der „Neuen Rechten“, versuchen zu deuten, ob sie intellektuell sind oder nicht, ob sie inspirieren oder nicht. Aber wenn ich mir bei Pegida die Leute angucke, denke ich, dass ihnen egal ist, wessen Geistes Kind Kubitschek ist. Wenn er das Richtige sagt, dann klatschen sie, wenn er nicht das Richtige sagt, dann buhen sie. Seine Schriften lesen sie eh nicht. Und wer mal Sezession gelesen hat, der weiß, dass das nicht massenkompatibel ist. Deswegen ketzerisch gefragt: Überschätzen wir nicht die „Neue Rechte“? Koppelt sich das, was wir als rechte, rechtsradikale, rechtsextreme Bewegung auf der Straße erleben nicht längst von der „Neuen Rechten“ ab? Wird die „Neue Rechte“ nicht irgendwann überflüssig?

× Wölk: Wenn es so etwas wie die soziale

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 2/4 ▶

Frage nicht mehr gäbe, dann hätten die Rechten keine Anknüpfungspunkte. Sie knüpfen an die erheblich sichtbaren und gravierenden Formen von sozialer Ungerechtigkeit an. Sie machen Schuldzuschreibungen an ohnehin ausgegrenzte Minderheiten. Sie versuchen soziale Benachteiligung durch neue Ungerechtigkeit zu steuern. Aber dass in diesem Land eine soziale Schiefelage herrscht, war glaube ich noch nie so breit im Bewusstsein wie heute.

× Hahnel: Die Frage nach der Relevanz der Netzwerke ist natürlich nicht einfach zu beantworten. Man kann es anhand einiger Zahlen erläutern. Eine der Fragen, die Journalisten*innen nach Chemnitz und Köthen häufig stellten, war: Wieso können eindeutige Neonazis in so kurzer Zeit eine so große Masse an Menschen mobilisieren? Selbstverständlich hat das etwas mit dieser von rechts aufgeladenen Stimmung im Land zu tun. Die Hälfte der 2500 Menschen, die in Köthen zusammen kamen, ist Teil organisierter Nazistrukturen. Der Rest setzte sich zusammen aus deren Umfeld und scheinbar unpolitischen Menschen aus Köthen.

Wir beobachten die rechtsextreme Szene ja seit vielen Jahren und haben festgestellt, dass es für sie in den letzten zwei, drei Jahren unglaublich schwierig war - in Sachsen-Anhalt, aber auch darüber hinaus - eine Demonstration mit über vier- bis fünfhundert Menschen auf die Beine zu stellen. Die militante Naziszene hat ein Rekrutierungsproblem und sich zum großen Teil wieder ins Private zurückgezogen. Das heißt aber nicht, dass die militante Szene nicht mehr existiert, denn während Aufmärsche überwiegend klein blieben, waren bei Rechtsrockkonzerten 6000 bis 8000 Besucher*innen. Das zeigt ja, dass die Leute noch da sind. Aber diese Mobilisierungsfähigkeit auf der Straße war deutlich eingeschränkt und es ist ein deutliches Zeichen, dass sich das nun

geändert hat. Aber es kommt nicht aus dem Nichts. Ich glaube, dass sich im Windschatten des Erfolges der „Neuen Rechten“ die militante Neonaziszene neu strukturiert. Sie werden wieder rekrutierungs- und mobilisierungsfähiger und die Schnittmengen werden immer enger. Beispielsweise hat der Veranstalter der Rechtsrockkonzerte in Thüringen und einer der wichtigsten Akteure der militanten Neonaziszene, Tommy Frenck, letztes Jahr dazu aufgerufen bei der Bundestagswahl 2017 die AfD zu wählen. Er hat auch erklärt warum, und zwar weil er denkt, dass mit der AfD am ehesten die politischen Ziele, die er als Neonazi vertritt, umsetzbar sind. Es finden also Vereinigungsprozesse statt. Das hat man in Köthen und Chemnitz ganz gut gesehen. Ich glaube, dass diese Entwicklung, die von der „Neuen Rechten“ vorangetrieben wird, ernst genommen werden muss.

× Goetz: Ich will ergänzen, dass ich bei dieser Entwicklung keinen Widerspruch erkennen kann. Es handelt sich nicht um zwei politische Konzepte, die sich gegenseitig ausspielen, sondern ganz im Gegenteil: Diese rechtsextremen Ideologen der „Neuen Rechten“ und die Massen auf der Straße ziehen am selben Strang. Ihnen geht es ja um ein und dasselbe Ziel. Sie wählen nur unterschiedliche Formen. Die einen reden davon, dass die ethnokulturelle Identität erhalten werden soll, und die anderen wollen, dass Deutschland weiterhin den Deutschen gehört. In beiden Fällen geht es um diesen völkischen Nationalismus. Es ist ein Netzwerk mit unterschiedlichen Strukturen und Aufgabenfeldern und dem Institut für Staatspolitik kommt hierbei die Funktion der Kaderschmiede und der Denkfabrik zu. Götz Kubitschek war als Redner bei Pegida und Legida. Natürlich ist das mit Schwierigkeiten verbunden, weil das pseudo-intellektuelle Geschwurbel Kubitscheks oftmals nicht mainstreamtauglich ist. Aber es gibt in

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 3/4 ►

diesen Netzwerken Personen, die es schaffen, die Ideologie in eine Sprache zu übersetzen, die von breiteren Massen verstanden wird. Das machen beispielsweise die AfD ebenso wie die Identitären und mal gelingt es ihnen gut und mal weniger.

× Kommentar Publikum: Ich möchte an das Thema Soziale Frage anknüpfen. Was für mich noch nicht so richtig durchkam war die Rolle von Ungleichheit. Nach Vorstellung der „Neuen Rechten“ gibt es innerhalb von und zwischen den „Völkern“ eine naturgegebene Ungleichheit. Die „Volksgemeinschaft“, die die „Neue Rechte“ anstrebt, ist hierarchisch aufgebaut. Sie wollen einen autoritären Ständestaat, in dem die Menschen ihre vermeintlich naturgegebene Rolle ausüben. Es geht ihnen nicht darum, bei der Beantwortung der sozialen Frage zum Beispiel mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder zu schaffen oder dass Menschen mehr mitbestimmen können. Es geht ihnen eben darum, dass jede*r einen vorgegebenen Platz einnimmt.

× Goetz: Ich habe das kurz mit dem Anti-egalitarismus umschrieben und meine damit die Vorstellung der „Neuen Rechten“ von einer natürlichen Ungleichheit der Menschen, die nicht nur „Völker“ oder „Kulturen“, sondern auch Geschlechter und den sozialen Status betrifft. Diese Vorstellung, dass es von Natur aus Unterschiede zwischen den ethnisch, völkisch oder kulturell aufgeladenen Zwangskollektiven gäbe, sollte auf gar keinen Fall unter den Tisch fallen.

Warum sind rechtspopulistische Gedanken heute anschlussfähig? Ich denke, dass ein wesentlicher Grund in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt und dem damit verbundenen Zwang sich auf dem Arbeitsmarkt verwerten zu müssen. Dieses System ist auf Konkurrenz und Ausschluss angelegt. Das

sind Werte, die aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft stammen und im Rechtsextremismus auf die Spitze getrieben werden. Ich denke, dass rechtsextreme Menschen nicht notwendigerweise an Überzeugungen glauben, die mit besseren Argumenten verändert werden könnten, sondern oft geht es schlicht um die Befriedigung von psychischen Bedürfnissen. Konkret geht es in Betracht der kapitalistischen Zwänge darum, eine scheinbar wärmende und wohlige Gemeinschaft anzubieten, in der man sich sicher sein kann, dass der Status und die eigene Position abgesichert sind. Rechtsextreme versprechen, Teil einer Gemeinschaft zu sein, die es immer besser haben sollte als andere, die nicht die gleichen Rechte haben sollen. Es ist ein wichtiger Punkt im Kampf gegen Rechtsextremismus anzuerkennen, dass es nicht immer um die besseren Argumente geht. Man muss auch an diesen psychischen Bedürfnissen ansetzen und nicht nur an den Fake-News und Falschinformationen.

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 4/4 ▶

PROTESTTIEREN ODER IGNORIEREN?

× Moderation: Ist Protest gegen die „Neue Rechte“ überhaupt noch ein geeignetes Mittel der Auseinandersetzung?

× Glösel: Ich würde die Frage, ob Protest gegen die „Neue Rechte“ sinnvoll ist, auf jeden Fall mit einem „Ja“ beantworten. Wenn ich mir anschau, was die in den letzten drei Jahren an Straßenmobilisierung versucht haben - ob das jetzt die Aufmärsche in Wien sind oder in Berlin - ist da schon ein Moment der Schwäche zu sehen. So, wie sie sich im digitalen Bereich geben, könnte der Eindruck entstehen, dass es sich um eine riesige Masse handelt. Wenn sie aber versuchen, Menschen auf die Straße zu bringen, wird es hart. Die Proteste, die es dagegen gegeben hat, haben sehr gut funktioniert. Die Identitären haben nie mehr als 300 bis 350 Leute auf die Straßen gebracht, sind nie mehr als 700 Meter vom Fleck gekommen. Es ist also durchaus den Antifaschist*innen zu verdanken, dass sie an ihre Grenzen gestoßen sind. Ich würde aber schon sagen, dass sich der Protest breiter formieren muss als reiner Straßenprotest. Ich finde, dass jede Recherche, jeder Artikel, sogar jeder Sticker eine Form von Protest ist. Kunstaktionen und jedes Bündnis, das sich neu zusammensetzt um gegen rechts zu sein, sind eine Form von Protest.

× Seifert: 15 Jahre lang gab es in Schnellroda überhaupt keinen Protest. Der Protest wurde erst durch unsere Gruppe in Schnellroda geboren. Kubitschek und das IfS konnten dort völlig problemlos Veranstaltungen abhalten. Wir haben dann angefangen zu versuchen, die Leute vor Ort zu bewegen, was unterschiedlich gut funktioniert hat. Die Ausgangsfrage würde ich auf jeden Fall beantworten mit: Ja, Proteste sind eine sinnvolle Form. Aber es gibt auch immer ein paar andere Möglichkeiten, die wir nach und nach versuchen auszubauen. Es war uns als Gruppe wichtig, den Protest ins Dorf und auch ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und auch medial Öffentlichkeit zu schaffen. Wir versuchen die Leute vor Ort mitzunehmen. Das funktioniert tatsächlich immer besser.

× André: Die Anwohner*innen-Initiative Adam-Kuckhoff-Straße entstand, weil wir alarmiert waren, dass in unserer Nachbarschaft ein Nazi-Zentrum entstehen sollte. Und die Frage war ja, was bedeutet das überhaupt in den nächsten Monaten für uns? Das hat uns zusammengebracht, weil wir etwas dagegen tun wollten, weil wir Verantwortung übernehmen wollten. Die Initialzündung war ein offener Brief und dann haben wir uns als Gruppe immer mehr entwickelt. Dann ging es darum, uns Strukturen zu suchen, wie wir

● Wanja vom ► Kollektiv »IfS dichtmachen« Das „Kollektiv IfS dichtmachen“ protestiert seit dem Jahr 2016 regelmäßig gegen die Akademien des Instituts für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda.

● André von der ► Anwohner*Innen-Initiative AdamKuckhoffStraße. Die Anwohner*innen-Initiative Adam-Kuckhoff-Straße gründete sich im Oktober 2017 als Reaktion auf die Einrichtung eines „Identitären Zentrums“ in Halle. In einem offenen Brief machten sie deutlich, dass sie mit den Identitären keine Nachbarschaft wünschen und dies öffentlich mit Nachdruck vertreten werden.

● Kathrin Glösel (Politikwissenschaftlerin aus Wien). Kathrin Glösel ist Redakteurin bei ► Kontrast.at. Sie publiziert seit Jahren zur „Neuen Rechten“. Zuletzt erschien von ihr „Unbeugsam & unbequem: Debatten über Handlungsräume und Strategien gegen die extreme Rechte“ in Zusammenarbeit mit Hanna Lichtenberger im UNRAST-Verlag.

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 1/5 ►

uns organisieren wollen, wie wir Veranstaltungen durchführen wollen, weil das ja auch mit Angst verbunden ist, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Ja, für uns ist es wichtig Protest zu üben. Für uns ist es wichtig, anzuerkennen, dass es bei den Anwohner*innen unterschiedliche Ängste gibt und das führt auch dazu, dass wir unterschiedlich aktiv werden. Und für uns ist es auch wichtig darüber nachzudenken, was es neben Straßenprotest sonst noch für Möglichkeiten gibt. Was können wir machen, um Menschen aus unserem Umfeld anzusprechen, die vielleicht noch nicht aktiv geworden sind? Wir glauben, dass es umso mehr Schutz für den Einzelnen bedeutet, je mehr Menschen zusammenkommen.

× Moderation: Kathrin, du hast für dein Buch Menschen interviewt, die sich auf unterschiedliche Art und Weise in antifaschistischen Protesten engagieren. Welche Erfahrungen haben diese Menschen gemacht und welche Formen haben sie gewählt?

× Glösel: Auch in Österreich konnte die „Neue Rechte“ jahrelang Veranstaltungen machen. Bei den antifaschistischen Aktivist*innen gab es durchweg die Erfahrung, dass mit Straßenprotesten und Blockaden die Problematik neu thematisiert wurde. Es gibt aber auch die Beobachtung, dass der Zenit der „Neuen Rechten“ ein bisschen überschritten ist. Häufig wird gefragt: Was wollt ihr denn eigentlich? Das ist gut, weil das Raum gibt um Forderungen zu benennen. Aber es ist dennoch schwer Leute zu mobilisieren fernab von den Bündnispartner*innen, die man eh schon hat, also ein bisschen aus der „Komfortzone“ rauszukommen. Es ist zudem schwer, Solidarität zu bekommen, ob finanziell oder durch Positionierungen.

× Moderation: Bei einem Stichwort habe ich an euch gedacht, Wanja, und zwar bei dem Anspruch, aus der Komfortzone heraus zu gehen. Ich glaube, das macht ihr in Schnellroda. Was habt ihr dort probiert und auf welche Probleme seid ihr gestoßen?

× Seifert: Das Repertoire, das wir versucht haben, ist schon ziemlich groß. Wir haben angefangen mit klassischem Straßenprotest, mit Kundgebungen und so weiter. Bei der ersten Aktion waren 120 Leute. Also eine recht überschaubare Situation. Wir haben die Herausforderung, dass es nach Schnellroda keine Zug- oder Busverbindung gibt. Es ist also aufwendig, die Anreise zu gestalten. Später haben wir eine aufwendige Moby-Tour gemacht. Wir haben in Sachsen-Anhalt angefangen und sind dann nach Sachsen und Thüringen, wo wir auf große Resonanz gestoßen sind. Aber bei den Demos sind wir eher weniger geworden. Eine weitere Schwierigkeit war, dass uns die Versammlungsbehörde Steine in den Weg gelegt hat. Ab April 2018 haben wir versucht, aus diesem reinen Reagieren auszubrechen und eigene Formate zu wählen, z.B. ein großes Konzert mit mehreren namhaften Bands. Erst haben wir einen Rahmen geboten für Gespräche, dann eine Demonstration durch den Ort gemacht und abends das Konzert durchgeführt. Das hat ganz gut funktioniert, auch weil wir mal andere Presse bekommen haben als beim bloßen Straßenprotest. Beim letzten Mal im September 2018 war es so, dass wir versucht haben die Anwohner*innen ein bisschen stärker einzubinden. Es gibt eine Liste mit den Namen von über 3000 Geflüchteten, die im Mittelmeer ertrunken sind. Dazu haben wir eine Schweigeminute gemacht und siehe da, die Anwohner*innen

Es ist also durchaus den Antifaschist*innen zu verdanken, dass sie an ihre Grenzen gestoßen sind.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 2/5 ▶

waren sehr gut vertreten. Das war anschlussfähig.

Wie kann man also mobilisieren? Man muss erklären, wie Sezession, IfS und Ein-Prozent zusammengehören und was die machen. Und wenn man es erklärt, kann man das auch nicht in einem Halbsatz machen. Das macht es auch schwer zu kommunizieren und zu vermitteln. Finanzen sind für uns auch immer wieder ein großes Thema. Wir sind ein kleines Bündnis. Wir haben immer wieder die gleichen Spender*innen. Und man muss immer wieder schauen, dass man sein Geld zusammen bekommt.

× Moderation: Du hast eine Sache nicht genannt, die ich vor Ort immer wieder wahrnehme: Die Angst der Anwohner*innen, sich zu engagieren. Sie begegnen Kubitschek und seinen Mitarbeitern jeden Tag. Und es ist leicht zu sagen: Was ist da los in diesem Ort, warum gehen die nicht auf die Straße? Aber, wenn man dort wohnt ist es nochmal was Anderes. Siehst du das auch so?

× Seifert: Ja, definitiv! Es gibt auch Gründe dafür. Eine Strategie der „Neuen Rechten“ ist es, sich Einzelpersonen rauszupicken und diese dann öffentlich zu diskreditieren, zu beleidigen, zu verleumden. Das haben wir vor allem nach der ersten Demonstration bemerkt, als Anwohner*innen in Artikeln von Kubitschek vorgeführt wurden. Auf der anderen Seite gibt es auch die, die immer wieder kommen und sich davon nicht beeindrucken lassen, wo wir uns auch als Orga überlegen müssen, wie wir diese Menschen vor Ort unterstützen können. Da hat sich auch unsere Kommunikation verändert: Es geht nicht darum den Ort als problematisch einzustufen, sondern das IfS. Und es gibt in Schnellroda viele Leute, die nicht gut finden, was da passiert und das im privaten Gespräch auch ganz klar sagen.

× Moderation: André, ihr steht ja als Anwohner*innen-

innen-Initiative vor demselben Problem: Ihr habt eine rechtsextreme Nachbarschaft. Mit einem Namen in die Öffentlichkeit zu treten und diesen offenen Brief zu unterschreiben - hat da Angst eine Rolle gespielt und wie habt ihr diese Angst überwunden?

× André: Also Angst spielt auf jeden Fall eine Rolle, ich bin zum Beispiel nicht namentlich in diesem Brief genannt. Andere sind da ganz anders. Die stört das gar nicht, sich in einem offenen Brief zu zeigen. Aber vor allem das Gesicht zeigen in der Öffentlichkeit ist für manche schwierig. Wenn zum Beispiel Protest vor dem Haus stattfindet, sitzt im Haus jemand mit der Kamera und einem Tele-Objektiv und hält auf jedes Gesicht drauf. Und das schüchtert schon ein. Dann sind vor dem Haus Kameras angebracht worden, bei denen wir nicht wissen, was und wie intensiv sie filmen und ob das aus Datenschutzgründen überhaupt erlaubt ist. Das trägt alles dazu bei, dass manche Anwohner*innen mehr Angst haben als andere.

× Moderation: Manchmal heißt es: Diese ganzen Proteste beschneiden doch die Meinungsfreiheit und eigentlich brauchen wir doch den Dialog auf Augenhöhe. Kathrin, was würdest du solchen Aussagen entgegen?

× Glösel: Das Argument mit der Meinungsfreiheit ist ein sehr interessantes. Eigentlich ist es gelebte Meinungsfreiheit, Kritik zu äußern. Das kann sich in einem Wort äußern, einem Aufsatz

Angst spielt auf jeden Fall eine Rolle, ich bin zum Beispiel nicht namentlich in diesem Brief genannt.

Eine Strategie der „Neuen Rechten“ ist es, sich Einzelpersonen rauszupicken und diese dann öffentlich zu diskreditieren, zu beleidigen, zu verleumden.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 3/5 ▶

oder im Protest auf der Straße. Das ist die Freiheit und diese beschneiden zu wollen, ist Eingrenzung der Meinungsfreiheit. Wir haben in Österreich die Situation mit der FPÖ, die Jahre lang nach Meinungsfreiheit gerufen hat und die jetzt – wo sie an der Macht ist – die Meinungsfreiheit beschneidet.

Dialog auf Augenhöhe: Ich würde nicht mit Kaderfiguren reden, das hätte auch keinen Sinn, außer dass es ein bisschen Show wäre. Wenn jemand diffuse Ängste hat, dann würde ich auf jeden Fall mit ihm reden und diskutieren. Aber eine Diskussion ist immer ergebnisoffen. Das geht gegenüber Kadern der „Neuen Rechten“ nicht.

× Moderation: Wanja, wie gehst du mit dem oft vorgebrachten Argument um, dass ihr ja immer nur dagegen seid, anstatt für etwas zu sein?

× Seifert: Wir sind tatsächlich ganz klar gegen etwas. Wir präsentieren zwar auch einen Gegenentwurf, aber primär geht es uns erstmal ganz klar gegen das IfS. Das soll zugemacht werden.

× Moderation: André, an dich geht dieselbe Frage: Habt ihr dieses Argument gehört als es um die Vernetzung der Anwohner*innen ging? Ihr seid sehr breit, sehr divers aufgestellt. Was ist euer kleinster gemeinsamer Nenner? Seid ihr nur gegen dieses Haus, oder gibt es etwas, worauf ihr euch positiv bezieht?

× André: Gegründet haben wir uns, um uns gegen die IB und das Haus zu positionieren. Es hat sich dann aber auch ziemlich schnell herauskristallisiert, wofür wir sind. Das zeigt sich in unserem Selbstverständnis. Ich habe das persönlich nicht mitgekriegt, dass es heißt „ihr seid immer nur dagegen“. Wenn wir in Halle oder in unserem Viertel aktiv sein wollen, dann beteiligen wir uns an Straßenfesten oder wir veranstalten Lesungen oder wir gehen Stolpersteine putzen.

Bei den Aktionen, die wir machen, bringen wir zum Ausdruck, dass wir nicht nur gegen etwas sind, sondern dass wir auch für etwas sind. Das haben wir zum Beispiel bei einer Schildereinweihung in der Adam-Kuckhoff-Straße gezeigt: Kuckhoff war ein Antifaschist. So haben wir das nach außen getragen, und ich glaube so ist es uns gelungen, klar zu machen, wofür wir sind.

× Moderation: Vielen Dank. Ich öffne das Podium jetzt für Fragen aus dem Publikum.

× Frage aus dem Publikum: Ich danke euch sehr, dass ihr alle diese Dinge tut, zum Beispiel in Schnellroda. Ich freue mich, dass ihr da seid. Und ich weiß von Anwohner*innen aus Schnellroda, dass es ihnen genauso geht. Ihr seid der Strohalm, der ihnen zeigt, dass sie nicht alleine sind. Es ist gut, dass es antifaschistische Strukturen gibt, die klar Stellung beziehen. Aber das Problem ist, dass viele Leute in der Regel ein Problem haben, mit der Antifa zusammen auf die Straße zu gehen. Aber wenn wir auf die Bürgerlichen warten, passiert ja nicht viel. Ganz im Gegenteil, es wird dann Antiwerbung gemacht und dann geht keiner hin. Dann heißt es „Fragen Sie mich nicht, ich bin von der CDU. Wir gehen nicht demonstrieren.“ oder „Macht die Fensterläden zu!“ Aber genau bei diesen Leuten müssen wir ansetzen um eine breite Masse mobilisiert zu bekommen. Das finde ich so gut bei der Anwohner*innen-Initiative, dass sie ein bürgerliches Bündnis ist, wo sich jeder irgendwie wiederfinden kann und wo gute Aktionen gemacht werden. Wir müssen neues, bürgerschaftliches Engagement bündeln, mit möglichst vielen Normalos und möglichst vielen bürgerlichen Parteien.

Aber eine Diskussion ist immer ergebnisoffen. Das geht gegenüber Kadern der „Neuen Rechten“ nicht.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 4/5 ►

6

× Seifert: Wir haben immer versucht, möglichst breit einzuladen. Wir sind zu dem Ortsbürgermeister gegangen und haben versucht mit ihm zu reden. Aber auch nach mehrfacher Einladung kamen viele Leute nicht. Wir haben zu Antifa-Demos den Kirchenkreis eingeladen. Und die haben einen Redebeitrag gehalten. Wir haben versucht ein breiteres Spektrum abzubilden und ein gewisser Konsens war natürlich auch gegeben. Aber am Ende stehen meistens die sogenannten Antifas da.

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 5/5 ▶

6

DAS »DIALOG-PARADIGMA«

– Grenzen & Möglichkeiten Öffentlicher Diskussionen

× Moderation: Als diese Tagung im Frühjahr 2018 inhaltlich Form annahm, tobte bereits die Auseinandersetzung um rechte Verlage auf der Leipziger Buchmesse, insbesondere natürlich um Antaios Verlag und Götz Kubitschek. Im Dresdner Kulturpalast fand eine Diskussion zwischen Uwe Tellkamp und Durs Grünbein statt und spaltete die Feuilletons. Auf Initiative der Präsidentin des Landtags von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, fanden in mehreren Orten im Bundesland Gesprächsforen mit Landtagsabgeordneten statt. Das war ein Format, bei dem es viele Fragezeichen gab, ob es so sinnvoll ist.

Wie in diesen genannten Beispielen ringen Organisationen, Politiker*innen und Journalist*innen um die Frage: Was bringt ein öffentliches Gespräch mit Vertreter*innen der AfD und der „Neuen Rechten“? Eine verbreitete Forderung lautet, dass man „mit Rechten reden“ müsse. Tatsächlich gibt es diverse Situationen, wo es sinnvoll ist und zu einer Demokratie gehört, miteinander zu sprechen. Seit Pegida und dem Wahlerfolg der AfD gibt es jedoch auch ein viestimmiges Chorgespräch mit Akteur*innen der extremen Rechten. Dies trägt jedoch dazu bei, die Polarisierung der Gesellschaft entlang der Debatten um Einwanderung und Islam zu bearbeiten. Nach unserer Wahrnehmung ist die

Forderung, dass man mit allen reden müsse, omnipräsent.

Stellen Sie sich vor, die Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt organisiert eine Podiumsdiskussion zum Thema Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit und Sie werden neben Hans-Thomas Tillschneider als Diskutant eingeladen. Tillschneider ist Landtagsabgeordneter der AfD und Teil des rechtsextremen Flügels. Wie sieht Ihre Ab- oder Zusage aus?

× David Begrich: Es kommt auf vielfältige Faktoren an. Wer ist Veranstalter, wer ist die Zielgruppe, wer sind die Zuhörerinnen und Zuhörer, wer ist der Moderator oder die Moderatorin, was ist das Thema. Nach diesen Indikatoren würde ich überlegen, ob ich zu- oder absage. Ich glaube es ist wichtig, nochmal zu überlegen, warum gerade ich eingeladen werde und nicht der Sprecher oder die Sprecherin einer regionalen soziokulturellen Jugendinitiative oder jemand aus dem Flüchtlingsrat. Geht es da nicht auch um Habitusinszenierung? Ein Intellektueller diskutiert mit einem anderen Intellektuellen.

× Wagner: Ich glaube, dass sich die sehr wichtige Frage, ob es sinnvoll ist mit Rechten im öffentlichen Raum zu diskutieren, historisch

- David Begrich arbeitet bei ► Mit-einander e.V. in der Arbeitsstelle Rechtsextremismus (AREX). Der Schwerpunkt der Arbeit der AREX liegt auf der Analyse von Entwicklungen in der rechtsextremen Szene in Sachsen-Anhalt und deren Einordnung in überregionale Kontexte.
- Thomas Wagner ist Kulturosoziologe aus Berlin und unter anderem Autor des Buches ► „Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten“

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 1/9 ►

7

erledigt hat. Diesen Kampf kann man nicht mehr gewinnen. Meiner Einschätzung nach war es jahrzehntelang ein strategisch erfolgreiches Mittel, bestimmte Positionen der „Neuen Rechten“ zu öffentlichen Diskursen nicht zuzulassen. Das war insofern erfolgreich, als es gelungen ist, in der Bundesrepublik Deutschland das Erstarken von Parteien rechts von der Union und der FDP einzudämmen. Dieser Punkt ist nun überschritten. Es ist nicht mehr möglich, rechte Parteien bzw. die AfD durch Diskussionsausschluss wieder zurückzudrängen. Alleine aus strategischen Gründen halte ich es nicht für sinnvoll, diese Strategie weiter zu verfolgen.

× Moderation: Wichtig wäre vielleicht noch einmal zu betonen, dass wir uns in unterschiedlichen Räumen bewegen. Hier im Saalekreis gibt es einen lokalen Nahraum, viele Menschen sind ständig konfrontiert mit Protagonist*innen der „Neuen Rechten“, sei es in Merseburg oder bei Protesten in Schnellroda. Es ist wichtig zu berücksichtigen, ob man sich freiwillig dafür entscheiden kann, ob man eine Konfrontation oder ein Gespräch sucht oder nicht.

Vielleicht erinnern wir uns noch an den November 2016, als Götz Kubitschek im Magdeburger Theater diskutieren sollte. David, du warst auch als einer der möglichen Mitdiskutanten angefragt, und es gab einen großen Streit. Die Veranstaltung fand letztlich nicht statt und im Zuge dieser Auseinandersetzung sagte Innenminister Holger Stahlknecht in etwa, dass die Menschen 1989 auch auf die Straße gegangen seien, damit die Theater frei entscheiden könnten, was bei ihnen läuft und diskutiert wird. Die CDU stelle sich nach wie vor allen Debatten, was zur Meinungsvielfalt gehöre. David, warum ist es in dem Fall nicht sinnvoll gewesen Stahlknecht und Kubitschek im Magdeburger Theater diskutieren zu lassen?

× Begrich: Ich teile die Einschätzung von Thomas Wagner, dass der Versuch einer diskursiven Eingrenzung der extremen Rechten an seine Grenzen gekommen ist und wir in einer völlig anderen Situation sind als vor fünf oder zehn Jahren. Aber gerade deshalb glaube ich, dass es Diskurs- und Sprechräume geben muss, in denen rechts-extreme Akteure nicht vorkommen. Wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Maße in den letzten zwei Jahren Vertreter*innen der extremen Rechten auf fast allen Foren und Podien zu finden waren, dann glaube ich, dass mehr geprüft werden sollte: Mit wem redet man worüber, vor welchem Publikum und mit welchem Ziel? Ich glaube beispielsweise, dass die Auffassung des evangelischen Kirchentages, die AfD auszuladen, falsch ist. Denn ein Kirchentag ist - anders als eine Talkshow, eine Tagung, ein Bundestag oder ein Landtag – ein ganz besonderes Gesprächsforum mit einer besonderen Publikumssituation, die es durchaus ermöglicht eine gesellschaftliche Debatte abzubilden. Meine zentrale These ist: Es kommt darauf an, in welchen Sprechräumen welche Debatten funktionieren. Es ist ein Unterschied, ob ich mich der Zielgruppe mit einem wissenschaftlichen Interesse nähere oder aber ob ich eine öffentliche politische Auseinandersetzung führen möchte.

× Moderation: Thomas, es gibt den Vorwurf, dass die Einladung zum Gespräch den Raum

Es ist nicht mehr möglich, rechte Parteien bzw. die AfD durch Diskussionsausschluss wieder zurückzudrängen.

Aber gerade deshalb glaube ich, dass es Diskurs- und Sprechräume geben muss, in denen rechtsextreme Akteure nicht vorkommen.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 2/9 ▶

dafür öffnet, dass die weltanschaulichen Ideen der Rechten tatsächlich verhandelbar werden. Müssen wir denn alles, was Protagonisten der „Neuen Rechten“ und der AfD als verhandelbar darstellen, auch mit ihnen diskutieren? Oder brauchen wir nicht auch Räume, in denen über wichtigere Dinge diskutiert wird? Müssen wir mit Höcke über die soziale Frage sprechen?

× Wagner: Erstmal müssen wir überhaupt gar nichts. Die Vorstellung, dass man mit jedem über alles diskutieren müsse, halte ich für vollkommen absurd und ich kenne auch niemanden, der das vorhat. Auch die Autoren des Buchs „Mit Rechten reden“ fordern nicht, dass man mit Rechten über alles reden müsse. Deren Argumentation ist eher, man solle es nicht von vorneherein ausschließen. Bei Theatern, die einen fortschrittlich kritischen Anspruch haben und die einen kritischen Bildungsauftrag der Kunst verinnerlicht haben, sollte es möglich sein, gesellschaftliche Widersprüche auf der Bühne zu verhandeln. Es wäre ein Rückschritt, wenn man die Frage, was auf öffentlichen Bühnen und in öffentlichen Kultureinrichtungen passieren soll, außerhalb von Debatten stellt. Ich glaube sogar, dass es im Grunde genommen ein Vorteil ist, wenn Theater rhetorisch und argumentativ angegriffen werden, damit diese wichtigen Institutionen ihre Bedeutung behaupten können und vielleicht mehr von ihrer Bedeutung zurückerobern können, die sie in den letzten zwei Jahrzehnten verloren haben. Dass es eine kontroverse Auseinandersetzung darüber gibt, was in Theatern passieren soll, halte ich eher für demokratieförderlich.

× Begrich: Es ist auch hier eine Settingfrage. Ich sage es an einem Beispiel: Es gab gestern eine Landtagsdebatte im Magdeburger Landtag. Thema war eine große Anfrage der Landtagsfraktion der Linken zur Theater- und Orchester-

politik des Landes. Es wurde eine Kontroverse ausgetragen zwischen dem Staatsminister für Kultur und den anderen Parteien. Dann kommt Dr. Hans-Thomas Tillschneider und hält eine Rede, die eine Grundsatzrede zur Kulturpolitik ist und den Theatern vorwirft, alles Mögliche zu machen, aber keine deutsche Kultur. Die Schwierigkeit für die anderen Landtagsabgeordneten besteht jetzt darin zu überlegen, was jetzt eigentlich die Debatte ist. Ist die Debatte die Frage nach der Reichweite des Kunst- und Kulturangebotes in Sachsen-Anhalt im kleinstädtischen und ländlichen Raum?

Oder geht es um die von Tillschneider errechneten ca. 8,6 Prozent kanonischen, deutschen Theaterstücke, die aufgeführt werden sollen? Dann sagt er, er würde gerne mal Heinrich von Kleists Hermannsschlacht sehen. Ich habe nichts gegen Kleist, aber die Frage ist: Was passiert da? Was da passiert, ist ein Klassiker. Die AfD hat eine sehr begrenzte Agenda, die bei allen Themen, egal ob es um das Theater in Eisleben oder um die Abwasserordnung im Jerichower Land geht, hochgebracht werden soll. Die Schwierigkeit liegt darin zu entscheiden, ob es sich bei diesem Agendasetting um eine Provokation, einen Tabubruch oder um einen ganz normalen Beitrag zum politischen Diskurs handelt? Das in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Gemengelage auseinander zu halten, halte ich für sehr schwierig.

× Moderatorin: Ich würde gerne die Erfahrungen im Raum sichtbar machen. Ich würde Sie einladen, Ihre Erfahrungen mit uns zu teilen, was Veranstaltungen betrifft, bei denen Protagonisten der „Neuen Rechten“ die Stimme ergreifen durften, konnten oder wollten.

Diese Entwicklungen und Tendenzen stellen nicht zuletzt eine Bedrohung für die demokratische Verfasstheit dieser Gesellschaft dar.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 3/9 ►

× Person aus dem Publikum: Was mir bei einer Diskussionsveranstaltung zwischen Sebastian Striegel und Hans-Thomas Tillschneider auffiel war, dass Tillschneider eigentlich nichts gesagt hat. Er hat die ganze Zeit geredet und hat dafür unwahrscheinlich viel Applaus bekommen. Aber er hatte keine Antworten und keine Lösungsansätze. Er hat nur stereotype Antworten gegeben, die ich immer wieder in solchen Foren höre. Zum Beispiel: „Für Migranten wäre es besser, in gesonderten Klassen unterrichtet zu werden.“

× Person aus dem Publikum: 2014 haben wir mit der Bundeszentrale für politische Bildung im Vorfeld zur Europawahl eine Diskussion über die Europawahl veranstaltet. Eingeladen war u.a. auch der damalige Vorsitzende der AfD Bernd Lucke. Wir haben uns damals sehr lange darüber unterhalten und darüber gestritten, ob wir es tun sollen oder nicht. Diverse Gründe haben dann letztlich dazu geführt, dass wir es gemacht haben. Wichtig fand ich, dass alle auf dem Podium wussten, dass Bernd Lucke kommt. Es gab ein Vorgespräch mit der Moderatorin und Bernd Lucke und allen anderen Abgeordneten und Vertretern des Podiums. Bernd Lucke fragte in die Runde: „Ist es in Ordnung, wenn wir uns gegenseitig ins Wort fallen?“ Alle nickten. Dann begann das Podium und Bernd Lucke war der einzige, der ins Wort fiel und alles gemacht hat, was vorher abgesprochen war. Wir erlebten, dass alle Vertreterinnen und Vertreter der anderen Parteien gnadenlos versagt haben. Das habe ich oft erlebt. Ich merke, dass viele Leute an dem Punkt wirklich verzweifeln und sagen: „Warum sind eigentlich andere, die es besser können sollten, so schlapp auf der Brust?“

× Person Publikum: Wir waren in Merseburg mit der Situation konfrontiert, wo AfD-Politiker bei Veranstaltungen waren und versucht haben,

eine klassische Normalisierungsstrategie zu fahren und sich als „ganz normale Bürger“ darzustellen und nicht als Vertreter der AfD. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie da sind. Und wir müssen zeigen und vormachen, dass man dagegenhalten kann und muss. Eigentlich in jeder Situation. Am besten sollte man jede Situation nutzen, um zu zeigen, was an deren Positionen falsch ist.

× Moderation: Das ist noch einmal eine andere Ebene. In kleineren regionalen Zusammenhängen geht es um eine Hegemonie. Das Gesprächsforum „Landtag im Dialog“ mit Striegel und Tillschneider war nicht komplett von AfD-Anhänger*innen bestimmt. Das zeigt, dass es auch um Kämpfe geht und um Fragen, wie man etwas gut vorbereitet. Aber in kleineren regionalen Zusammensetzungen geht es natürlich auch um Angsträume. Wenn bestimmte Leute auf Podien sitzen, kommen andere Leute natürlich nicht.

× Wagner: Ich möchte widersprechen. Wenn eine öffentliche Veranstaltung irgendwo stattfindet, dann muss schon jeder für sich selbst entscheiden, ob er dahin geht und ob er oder sie das für wichtig hält, an einer öffentlichen Diskussion teilzunehmen. Wenn jemand als Zuhörer*in oder Teilnehmer*in zu einer öffentlichen Debatte nicht geht, weil da irgendjemand auf dem Podium sitzt, dann halte ich das für eine problematische Einstellung. Außerdem möchte ich sagen, dass politische Auseinandersetzungen keine Schmusegruppen sind, wie wir das hier gerade veranstalten, sondern es geht um Interessenskonflikte. Es geht um harte materielle Entscheidungen, bei denen es immer Gewinner*innen und Verlierer*innen gibt. Das ist bei jeder politischen Auseinandersetzung so. Das ist nicht spezifisch für eine Auseinandersetzung mit der Rechten, sondern gilt für jede politische Auseinandersetzung. Man kann nicht

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 4/9 ▶

7

sagen „nur weil die AfD dabei ist, ist es ein harter Kampf“, sondern es ist immer ein harter Kampf. Man muss mal die Scheuklappen von den Augen nehmen.

× Person Publikum: Es geht doch ganz oft auch um Repräsentanz und um Sichtbarkeit. Welche Positionen werden sichtbar und welche sieht man nicht? Es gibt ja nicht nur bei Talkshows Zugangsvoraussetzungen. Es gibt unterschiedliche Diskursräume, die nicht auf Augenhöhe zueinander in Beziehung stehen. Wenn ich mich in einer Kleinstadt bewege, in der ich vielen Leuten wiederbegegne und mit ihnen in Interaktion stehe, auch wenn ich das nicht will, dann werde ich mich anders dazu verhalten als in einer Großstadt, wo ich die Personen nicht wiedersehe, wenn ich das nicht möchte. Insofern wäre ich vorsichtig mit einer Generalisierung, was man von Leuten erwarten kann oder sollte, die sich einer Diskussion stellen.

× Moderation: Es gibt ja auch Kritik an diesem permanenten Dialog, nämlich dass die Rassismen, und die verkürzten Erklärungen noch hörbarer werden. Das Ressentiment ist bereits schon omnipräsent, so dass man die Frage stellen muss, ob es notwendig ist, auf Podiumsdiskussionen einen Vorführeffekt herzustellen und noch mal den Rassismus und das Ressentiment zurückzuweisen. Werden da nicht die zentralen, wichtigeren Fragen verdrängt?

× Wagner: Ich wollte nochmal was zu den parlamentarischen Auseinandersetzungsformen sagen. Ich glaube, dass die Parlamentarier unter sich das schon irgendwie hinbekommen. Es gibt Ordnungsregularien. Ich weiß nicht, wie es in Sachsen-Anhalt konkret abläuft. Es kann sein, dass es ein Tollhaus ist. Aber dass Beleidigungen und starke Worte in einer parlamentarischen

Auseinandersetzung per se nicht dazugehören, würde ich erst einmal bestreiten. Ich finde es zu defensiv formuliert, dass auf der Bühne bloß Rassismen wiederholt werden. Ich glaube der Ansatz müsste sein zu schauen, ob es Möglichkeiten gibt, vor Publikum zu punkten. Dafür muss ich vorbereitet und gut sein.

Ich glaube nicht, dass das immer funktioniert und dass derzeit auch ein besonders ungünstiger Zeitraum ist. Ich vermute, es wird gerade eine Repräsentationslücke gefüllt, die dazu führt, dass ein Tillschneider nur dasitzen muss, damit die Leute ihm applaudieren. Und solange das so ist, hat man schlechte Karten. Ich halte es für einen wichtigen Hinweis, dass es natürlich einen Unterschied macht, ob ich in einer großen Großstadt agiere und Ausweichmöglichkeiten habe oder ob ich den Kontrahenten täglich auf der Straße begegne. Das ist eine gute Beobachtung, die ich aus meiner Berliner Perspektive nicht so habe.

Ich habe aber noch einen anderen Punkt in diesem Zusammenhang. Es gibt den Mikrobereich der persönlichen Bekannten, der Verwandtschaft und des Freundeskreises. Ich erlebe im eigenen Freundeskreis, dass Leute anfangen darüber zu reden - und das sind eher linke Freundeskreise - dass sie vielleicht bei der Europawahl der AfD ihre Stimme geben. Die typische linke Reaktion darauf ist, den Freunden bei Facebook Ultimaten zu stellen: Wenn du dich nicht wieder vom Menschenfeind zu einem Menschenfreund verwandelst, werden wir nicht mehr mit dir sprechen. Und auf dieser Mikroebene halte ich diesen Umgang für absolut fatal. Weil ich glaube, dass man auf dieser Ebene miteinander im Gespräch bleiben muss, wenn man es kann. Und dazu gehört eine Selbstertüchtigung, so dass man sagen kann: Wir bleiben mit der Person im Gespräch, obwohl wir in bestimmten Punkten radikal auseinanderliegende Auffassungen haben und ich vermeide, ihn deswegen per se als Menschen-

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 5/9 ►

7

feind zu titulieren, weil eine Freund-Feind Situation im politischen Nahbereich fatal ist.

× Person aus dem Publikum: Ich möchte nochmal auf diese Ausgangsfrage zurückkommen: Gespräche mit Ideologieproduzent*innen und Spitzenvertreter*innen der „Neuen Rechten“. Nach allem, was wir am Vormittag gehört haben, handelt es sich dabei um Personen, die einen fundamentalen Angriff auf die Demokratie vorhaben und die einen Großteil der hier Anwesenden am liebsten politisch mundtot machen würde. Ich finde es richtig, dass es Räume gibt, in denen ohne Rechtsextremist*innen über eigene Inhalte und Strategien gesprochen werden kann. Wir sollten das Gespräch mit der „Neuen Rechten“ verweigern, wenn sie es sucht, aber sie konfrontieren und Auseinandersetzungen mit ihnen führen, wenn sie es nicht wollen. Ein solches Vorgehen würde ihre Absichten durchkreuzen. Es kann aber auch eine strategische Entscheidung sein, Bühnen im Sinne eines Streitgespräches zu nutzen und Situationen zu schaffen, in denen man punkten kann. Aber ebenso kann ein Gesprächsabbruch eine durchaus wirkungsvolle Aktion sein. Man will ja auch mal im eigenen Milieu diskutieren und nicht immer nur den Blick auf die potentiellen AfD-Wähler*innen richten. Ich würde gerne ein Beispiel aus der Arbeit Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin anbringen: Jugendliche in Berlin haben ein Gesprächsforum mit Politiker*innen veranstaltet und lange überlegt, ob sie auch einen AfD-Vertreter einladen. Sie sagten dann: Wir schauen uns mal das Programm der AfD an und was die Partei eigentlich über Jugendpolitik und Jugendkultur äußert. Sie haben dort nichts für ihre Belange gefunden und anschließend bekundet, dass sie keine AfD-Vertreter*innen einladen wollen. Ein anderes Beispiel war ein Stadtteilst, zu dem die Direktkandidat*innen der verschiedenen Partei-

en eingeladen wurden. Es wurde vorher festgelegt, dass es um Bezirks- und Kommunalthemen gehen soll. Dem AfD-Vertreter sollte nicht die Möglichkeit gegeben werden, mit sachfernen und verkürzten Argumentationen zu punkten. Das hat vergleichsweise gut funktioniert, weil er zu ganz vielen Dingen, die für den Stadtbezirk wichtig waren, gar nichts beitragen konnte. Das letzte Beispiel ist eine Situation, die gerade im Vorfeld von Wahlkämpfen häufig auftritt. Eine Schule lädt Parteienvertreter*innen ein, in diesem Fall Vertreter*innen der Jugendverbände. Die Schülerinnen und Schüler wollten tatsächlich auch den Vertreter der Jungen Alternative da haben. Die Vertreter*innen der Grünen Jugend, der Linksjugend und der Jusos haben gesagt, dass sie sich mit der Jungen Alternative, in der es starke Überschneidungen in den Bereich des Rechtsextremismus und des Neofaschismus gibt, nicht an einen Tisch setzten. Sie haben es nicht bei der Absage der Veranstaltung belassen, sondern waren vor Ort und haben eine Erklärung verlesen und ein Flugblatt verteilt. Zudem haben sie kurze Zeit später an dieser Schule eine eigene Veranstaltung gemacht. Das sind Beispiele, die über dieses „Reden wir mit denen oder nicht?“ hinausgehen. Es gibt also auch noch mehr Möglichkeiten. Solche strategische Überlegungen sollten wir verstärken.

× Person aus dem Publikum: Diskurs ist ja keine Quarantänestation, sondern ein offenes Feld der Auseinandersetzung. Man kann gewinnen und man kann verlieren. Und genauso kann man gewinnen oder verlieren, wenn man Diskurse nicht zulässt. Ich kenne auch sehr viele Beispiele, bei denen im privaten Bereich Kontakte abgebrochen wurden. Als würde das irgendetwas bewirken. Bei der Diskussion mit Stahlknecht und Kubitschek im Theater hätte ich ganz klar gesagt, dass man das natürlich nicht macht. Nicht, weil

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 6/9 ►

7

man generell nicht mit Rechten redet, sondern weil es eine Adellung und Aufwertung Kubitscheks gewesen wäre und man ihm damit eine Position zuwiese, bei der er der wichtigste Gegenspieler des hiesigen Innenministers wäre. Diese politische Aufwertung und Adellung wäre eine politische Dummheit. Das heißt aber im Umkehrschluss für mich nicht, dass es nicht Formate geben kann, wo direkte Konfrontation mit Vertreter*innen der „Neuen Rechten“ sinnvoll ist, um an entfernte politische Milieus heranzukommen.

Aber zu glauben man könne sich aus dem Diskurs herausnehmen, halte ich für ziemlich unrealistisch. Ich habe in meinem ganzen politischen Leben ständig mit Rechten diskutieren müssen, weil ich in der Minderheit war und nicht die anderen. Und überall, wo ich gelebt habe, gab es außerhalb meiner politischen Aktivität Rechte. Es ein generationelles Problem innerhalb der Linken, dass es ein sehr großes Bedürfnis nach geschlossenen Kommunikationsgemeinschaften gibt und ein Kontakt zu Rechten sofort mit Befürchtungen aufgeladen ist.

× Moderation: Ich würde gerne das Thema „gelingende Kommunikation in unterschiedlichen Milieus“ aufgreifen und Thomas Wagner die Frage stellen: Kannst du dir vorstellen wie Kommunikation in Milieus, in denen rechte Vorstellungen und Ressentiments salonfähig sind, besser gelingen kann?

× Wagner: Ich halte es für eine Frage der politischen Ethik, wie man sich mit politischen Gegnern auseinandersetzt. Ich würde den politischen Gegner nicht als Feind betrachten, auch wenn er noch so schlimme Positionen vertritt. Wenn ich politische Gegner als Feinde betrachte, ist das die Vorbereitung eines Bürgerkrieges, davor würde ich warnen. Außerdem würde man damit das Spiel der Rechten gewissermaßen

mitspielen, denn die Definition über den Feind ist etwas, das schon Carl Schmitt in den rechten Diskurs programmatisch eingeführt hat. Ich halte die Unterscheidung zwischen dem Menschen als Diskussionsgegner oder -partner und den politischen Positionen, die diese Person vertritt, für ungemein wichtig. Mir wird schon unbehaglich von „Rassisten“ zu sprechen. Ich spreche lieber von Menschen, die rassistische Argumente vorbringen und versuche die rassistischen Argumente zu hinterfragen, aber nicht den Menschen an sich. Alle Milieus sind gewissermaßen durchmischt. Aber da ich Linker bin, finde ich solche problematischen Positionen in meinen Milieus weniger als in anderen und ich hoffe, dass das so bleibt.

× Begrich: Ich sehe das nochmal aus einer anderen Perspektive. Mir fällt dazu das Wort Gelassenheit ein. Ich erlebe immer wieder, dass Leute im Kontext von öffentlichen oder nicht-öffentlichen Veranstaltungen sehr emotional reagieren. Auch ich würde Feinderklärungen, die sich auf Personen beziehen, zurückweisen. Dennoch muss man einen Umgang mit dem Umstand finden, dass es unter umgekehrten Vorzeichen durchaus differenzierte Feindschreibungen gibt, die nicht nur rhetorische sind, sondern ganz konkrete Folgen haben und mit denen Menschen auf eine ganz konkrete Art und Weise konfrontiert sind. Es braucht Differenzierungsbereitschaft und die Fähigkeit auseinander zu halten, wer mir eine böse Email schreibt oder wer mich als Feind erklärt. Aber es braucht auch die Fähigkeit, Solidarität mit Menschen einzuüben, die von Bedrohungen betroffen sind. Ich erlebe oft, dass diese Solidarität auf einer rhetorischen Ebene ganz schnell erklärt wird. Wenn es aber darum geht sie praktisch auszuüben, treffe ich oft auf eine gewisse Zurückhaltung. Es ist notwendig, dass - wer auch immer angegriffen wird - eine Möglichkeit geschaffen wird, sich

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 7/9 ►

7

über durchaus bestehende Unterschiede hinweg solidarisch zueinander zu verhalten. Wenn das nicht mehr gelingt, werden missliebige Personen herausgegriffen, zu Feinden erklärt und exemplarisch vorgeführt und delegitimiert. Das heißt für mich nicht, dass ich die Positionen der Person teile, die angegriffen wird. Es muss aber nicht nur auf einer rhetorischen Ebene, sondern auch auf einer praktischen Ebene Solidarität zu Menschen geben, die eingeschüchtert, verfolgt oder unter Legitimationsdruck gesetzt werden. Das halte ich in der gegenwärtigen Situation für eine Lernaufgabe, die vielleicht so wichtig ist wie sonst nichts anderes.

× Moderation: Kubitschek sagt in einer seiner Publikationen folgendes: „Wozu sich erklären, wozu sich auf ein Gespräch einlassen, auf eine Beteiligung an einer Debatte? Weil ihr Angst vor der Abrechnung habt, bittet ihr uns nun an eure runden Tische. Nein, diese Mittel sind aufgebraucht und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“ Das ist Götz Kubitschek, wie er Gesprächsangebote im demokratischen Meinungsstreit sieht. Thomas Wagner, du hast ja mit vielen der Protagonisten gesprochen. Was ist dein Eindruck: Wie ist der strategische Blick der „Neuen Rechten“ auf den öffentlichen Raum und auf Gesprächsangebote?

× Wagner: Das Zitat stammt aus dem Buch „Provokation“, das in einer Tradition künstlerischer Manifeste steht. Man kann das Zitat auf die Futuristen zurückführen, die vor dem Ersten Weltkrieg öffentliche Auftritte so provokativ gestalteten, dass es am Ende immer zu Saalschlachten kam. Von den Futuristen ist es zu den Dadaisten übergegangen und hat in den 60er Jahren in der Situationistischen Internationalen und in der Studentenrevolte Karriere gemacht und schließ-

lich hat es Götz Kubitschek aufgegriffen. Es ist mehr Ästhetik als ein Beitrag zur Debatte, wie politische Auseinandersetzungen geführt werden sollen. Es ist nicht das, was er antworten würde, wenn man ihn nach der Idealform der politischen Auseinandersetzung fragen würde. Nicht deswegen, weil er täuschen wollen würde, sondern weil dieses Provokationsbuch ein anderes Diskursformat ist. Ich sage das nur, weil dieses Zitat oft benutzt wird ohne die wichtige Schrift „Provokation“ zu kennen. Die Provokationsmethodik war für die „Neue Rechte“ sehr wichtig, vor allem für die Identitären.

Man sollte auch den Kontext kennen. Kubitscheks Rolle ist die des Vernetzers, der versucht, in die AfD hinein zu wirken. Er versucht eigene strategische Überlegungen, die aus einer neurechten Position entstanden sind und im ganz kleinen Kreis in Schnellroda diskutiert wurden, in bestimmte Teile der AfD hineinzuschleusen. Das ist seine Funktion oder die selbsterwählte Aufgabe, der er mit großer Leidenschaft nachgeht. Er hat natürlich in erster Linie vor Augen, wie er seinen Teil dazu beitragen kann, die Kräfteverhältnisse in Richtung seiner Positionen zu verändert. Das sind im wesentlichen Teil rechtsautoritäre Positionen. Insofern hat er ein strategisches Verhältnis zum öffentlichen Raum, was ich ihm nicht vorwerfen kann, weil ich das als Linker auch habe. Er würde jede Gesprächssituation daraufhin abklopfen, ob es für ihn Sinn macht und ob er punkten kann. Dass für ihn auf einmal eine liberale Offerte für einen öffentlichen Diskurs da war, hat er als Chance gesehen, endlich mal als diskursiver Partner anerkannt zu werden.

Es muss aber nicht nur auf einer rhetorischen Ebene, sondern auch auf einer praktischen Ebene Solidarität zu Menschen geben, die eingeschüchtert, verfolgt oder unter Legitimationsdruck gesetzt werden.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 8/9 ►

7

● × Begrich: Ich sehe es etwas anders. Es gibt ein Momentum in der Argumentation der „Neuen Rechten“, das ich mit Unbedingtheit beschreiben würde und das so etwas wie eine Diskussionsgrenze mit sich bringt. Der Charakter dieser Unbedingtheit, diese Unhintergebarkeit, ist begrifflich nicht zu fassen, weil sie einen metaphysischen Bereich anspricht. Da gibt es einen Raum des Heiligen und dieser Raum steht nicht zur Debatte, das ist die absolute Grenze. Das ist ein wesentlicher Punkt, warum die Auseinandersetzung so schwierig ist. Weil der Bereich des Metaphysischen durchdringt gesamte Argumentationsketten dieser politischen Strömung. Diese Metaphysik ist als Berufungsfolie beständig abrufbar.

● × Wagner: Ich beobachte auch, dass eine metaphysische Aufladung bestimmter Begriffe da ist, die auch nicht nur als Tabu gesetzt wird, sondern die innerlich gefühlt ist. Quasi eine religiöse Aufladung. Ich glaube, dass es einen Teil der Ideologieproduzenten betrifft, aber nicht alle. Wenn man mit jemanden wie Benedikt Kaiser diskutiert, dann kommt das nicht vor.

● × Moderation: Vielen Dank für die Diskussionsbeiträge. Wir haben das Spektrum der Diskussion gut gespiegelt bekommen. Wichtig ist auch zu sagen: Es gibt eine Normalisierung, der können wir uns nicht entziehen. Bestimmte Institutionen und Organisationen müssen aufgrund des Neutralitätsgebotes AfD-Vertreter*innen einladen. Es gibt auf der anderen Seite aber auch Räume, die geschützt bleiben müssen, so wie diese Tagung, die sich dafür entschieden hat einen geschützten Raum zu schaffen, um bestimmte Diskussionen führen zu können. Zum anderen ist es wichtig, dass wir im sozialen Raum tagtäglich mit dieser Frage von politischer Auseinandersetzung und Polarisierung konfrontiert sind.

▶ Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 9/9 ▶

7

DER MYTHOS SCHNELLRODA

– Journalismus und die »Neue Rechte«

× Moderation: Der Aufstieg der „Neuen Rechten“ in Deutschland ist nicht nur ein Weg in politische Machtstrukturen, sondern auch in die Berichterstattung und Feuilletons deutscher und internationaler Leitmedien. Im Unterschied zur alten Rechten hat es die „Neue Rechte“ gut verstanden, auf ihre Außenwirkung zu achten. Sie ist sich über die Feinheiten der strategischen Kommunikation politischer Deutungsangebote bewusst. Die Akteure der „Neuen Rechten“ verfolgen die Strategie, unterschiedliche Botschaften für unterschiedliche Medien mit unterschiedlichen Leser*innen-Milieus zu platzieren. Dazu gehören mitunter auch sich widersprechende Botschaften. Auf der einen Seite wird beteuert, dass die Aktionen der Identitären Bewegung (IB) aus dem Repertoire des gewaltfreien und zivilen Ungehorsams kommen, während die Gruppierung an anderer Stelle die eigene „Kampfbereitschaft“ und „Wehrhaftigkeit“ stilisiert. Diese Selbstinszenierung ist stark verbunden mit einem Kult um bestimmte Personen, um Jugendlichkeit, um Vitalität und Heldenhaftigkeit. Es handelt sich um Formsprachen, die den Mythos „Neue Rechte“ mit schaffen sollen.

In den letzten Jahren wurde das, was die „Neue Rechte“ als Metapolitik bezeichnet, durch eine Straßenpolitik ergänzt. Es wird versucht, politische

Ikonen zu schaffen. Zum einen spielt bildhafte Sprache eine große Rolle, zum anderen versuchen die Identitären auch ein politisches Programm in die Sprache der Bilder zu verpacken. Hierzu gehört auch die Inszenierung von Provokationen. Nicht das politische Programm, sondern die Fähigkeit zur Selbstinszenierung hat der „Neuen Rechten“ dazu verholpen, einen Weg in die Feuilletons der Leitmedien zu finden.

Es sind sehr gute, kritische und gut recherchierte Beiträge erschienen, die diese Selbstinszenierung in Frage stellen. Auf der anderen Seite gab und gibt es aber auch Artikel, die vor allem diese Selbstinszenierung reproduzieren und letztlich einen verstärkenden Effekt haben. Es ist zuweilen der Eindruck entstanden, dass die „Neue Rechte“ mit den Medien spielen könne. Letztlich ist sie selbst zum Medienereignis geworden.

Alexander, inwiefern hat sich deine Arbeit in den letzten Jahren im Hinblick auf den Aufstieg der „Neuen Rechten“ verändert? Welche Herausforderungen waren damit verbunden?

× Alexander Schierholz: Es ist schon schwieriger geworden. Vor einigen Jahren sind neue Akteure auf dem Spielfeld aufgetaucht wie Götz Kubitschek, das Institut für Staatspolitik (IfS), die Identitäre Bewegung (IB), EinProzent und

- Alexander Schierholz ▶ (Redakteur der Mitteldeutschen Zeitung)
- Michael Kraske ▶ (Buchautor und Medienjournalist für das Magazin „Journalist“)
- Tanja Ries (Radio- und Fernsehjournalistin beim ▶ Mitteldeutschen Rundfunk)

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 1/5 ▶

weitere. Ich musste erstmal lernen, wer die eigentlich sind, wo die herkommen, was die wollen, wie die ticken und wie sie eigentlich miteinander vernetzt sind. Und dann musste ich das meinen Leser*innen erklären. Das war schwierig, weil vieles erstmal noch unklar war. Und Selbstinszenierung ist ja immer dabei.

Bei der ersten oder zweiten größeren Geschichte, die ich über die Identitäre Bewegung in Halle gemacht habe, reagierten sie auf ihrer Facebookseite und versuchten, den Beitrag als unseriös darzustellen. Das fand ich interessant. Am Anfang hat es mich geärgert, aber dann dachte ich mir: „Okay, du hast etwas geschrieben und sie haben darauf reagiert.“ Sie waren also nicht von sich aus aktiv, sondern sie mussten reagieren, und das ist vielleicht gar nicht so schlecht.

× Moderation: Tanja, reden wir über die Inszenierung von Bildern. Da du viel für das Fernsehen tätig bist, könnte ich mir vorstellen, dass dort auch neue Herausforderungen und Veränderungen in der Arbeit aufgetreten sind.

× Tanja Ries: Eigentlich gar nicht so sehr, was die Bilder angeht. Ich persönlich finde am herausforderndsten, wenn meine Glaubwürdigkeit untergraben wird, also wenn ich regelmäßig als „Lügenpresse“ beschimpft werde, Man sieht ja auch, dass das eine gewisse Wirkung zu haben scheint. Das finde ich in der Tat sehr schwierig. Aber es hindert mich nicht daran, das weiter zu tun, was ich vor den sogenannten „Neuen Rechten“ auch schon getan habe.

Was die Bilder angeht: Man steht ja immer vor der Frage, zeigt man die Bilder oder zeigt man sie nicht, z.B. die Aktion der Identitären auf dem Brandenburger Tor. Aber die Bilder sind sowieso in der Welt, da die IB selbst dafür sorgt. Es kommt aus meiner Sicht immer auf den Kontext an. Solche Bilder eignen sich nicht für eine

sogenannte „Nachricht im Film“, also Ausschnitte von zwanzig bis dreißig Sekunden Länge, zu denen ein nachrichtlicher Text geschrieben wird. Aber für einen hintergründigen Beitrag, der eben auch eine Einordnung gibt, da komme ich fast nicht an solchen Bildern vorbei. Diese müssen aber eben erklärt und eingeordnet werden. Das gleiche gilt im Übrigen für Herrn Kubitschek. Man kann schon auf das Rittergut fahren und ihn dort mit seiner Frau erleben, aber man muss dann auch dazu erklären, dass es Teil einer Inszenierung ist.

× Moderation: Michael, Du hast in einem Radiofeature¹ im Deutschlandfunk mitgewirkt. Darin begleitet Samy Khamis, der Autor des Beitrags, Philipp Stein, den Leiter von EinProzent und du bist die Stimme aus dem Off, die einzuordnen versucht, wie die Produktion der Selbstinszenierung funktioniert. Ich fand das sehr ansprechend und möchte an dich die Frage richten: Wie hat dir der Beitrag gefallen nachdem du ihn das erste Mal vollständig gehört hast?

× Michael Kraske: Ich finde die von dir erwähnte Reportage nach wie vor sehr gelungen. Aber wichtiger als die Frage, ob es sich um Inszenierung handelt oder nicht, ist die Frage nach ihrer Relevanz. Wie relevant sind diese neurechten Akteure? Der Beitrag trifft die Bedeutung der „Neuen Rechten“ sehr gut, ohne sie zu überhöhen. Die Gefahr ist ja, dass man diesem Akteur, Herrn Stein, durch das Feature erst Wichtigkeit verleiht. Einfacher gesprochen: Vorher kennen ihn deutlich weniger Menschen und er wirkt durch das Feature in weitere konservative oder bürgerliche Kreise hinein. Wichtig ist es, sich folgende Fragen zu stellen: Welche Relevanz hat der Akteur, welche Rolle nimmt er in diesem rechtsextremen Netzwerk ein und welche Wirkung und welche Folgen hat das eigentlich, was jemand macht. Anderenfalls passiert so etwas wie mit der

¹ Khamis, Sami: HERD. HEIMAT. HASS. Über die Verlockungen rechten Denkens (3/4). In Rechter Gesellschaft. Versuch einer Kommunikation mit der Neuen Rechten, in: www.deutschlandfunkkultur.de vom 20.04.2018, einsehbar unter: ► https://www.deutschlandfunkkultur.de/herd-heimat-hass-ueber-die-verlockungen-rechten-denkens-3-4.3720.de.html?dram:article_id=412437, zuletzt eingesehen am 10.09.2019.

► Zurück zum
Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 2/5 ►

EinProzent-Kampagne „Werde Betriebsrat“. Man unterstützt mit der Berichterstattung bereits die Kampagne, ohne sich vorher die Frage gestellt zu haben, ob die Kampagne nicht ein Papiertiger ist.

Es gibt von Seiten der Redaktionen und Medien einige Vorgaben und Branchenregeln, die der „Neuen Rechten“ in die Hände spielen. Das ist zum Beispiel die Formatvorgabe. Nicht zufällig sind die Beiträge und Artikel, die ich am wenigsten gelungen finde, Portraits. Dazu möchte ich ein Beispiel nennen: Ich habe letzte Woche eine Einladung für eine Live-Sendung bekommen, bei der vier Einspieler kommen und ich etwas dazu sagen soll. Ich fragte die Kollegin, ob sie doch hoffentlich nicht wieder zum Herrn Kubitschek nach Schnellroda gefahren sei und ob es wieder um die Szene ginge, in der er seine Frau siezt. „Ja, ja, doch schon“, sagte sie. Ich will jetzt nicht despektierlich klingen, aber ich halte diese Herangehensweise für grundfalsch. Sie ergibt sich aus einer Vorgabe, die besagt, dass ein Porträt immer zu personalisieren ist. Damit ist die Gefahr verbunden, dass die Komplexität der „Neuen Rechten“ komplett wegfällt. Man müsste erklären, dass der Kern der „Neuen Rechten“ ein „Rassismus ohne Rasse“ ist, der am Ende genauso radikal ist und auf das gleiche „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ hinausläuft, wie wir es von der „Alten Rechten“ kennen. Was mir außerdem wichtig ist, ist die Vernetzung und die Arbeitsteilung innerhalb der „Neuen Rechten“. Das zu beschreiben, dieses Systemische, das fällt uns in vielen Redaktionen extrem schwer. Da ist es eben viel einfacher, ein schönes Porträt zu schreiben, bei dem man das Politische eigentlich nur so als Farbtupfer hat. Redaktionen müssen da umdenken und das Systemische und Politische stärker in den Blick nehmen.

× Moderation: Es wurde kritisiert, dass der Besuch beim Rittergut Schnellroda eine Art

journalistisches Subgenre geworden ist. Daran schließt sich die Frage an, wann die Orte der „Neuen Rechten“ überhaupt aufzusuchen sind, oder wann ihre Akteure direkt zu Wort kommen müssen.

× Schierholz: Ein Text aus dem Tagesspiegel, vor ein paar Wochen erschienen², wirkte auf den ersten Blick wie eine unkritische Homestory aus Schnellroda, aber die Autorin legte Wert darauf, die Inszenierung immer wieder zu kontextualisieren und zu betonen, wie Kubitschek dies nutzt. So kann man das machen, finde ich. Man muss halt nur den Zusammenhang zur politischen Agenda herstellen.

× Tanja Ries: Das ist ja eigentlich eine alte Diskussion. Bieten wir eine Plattform oder bieten wir sie nicht? Machen wir die „Neue Rechte“ groß, indem wir über sie berichten?

× Michael Kraske: Ich spreche nicht von Plattform, sondern ich spreche von der journalistischen Bewertung, ob jemand überhaupt eine Wirksamkeit hat. Ich als Journalist muss auswerten, welche Reichweite und welche Relevanz ein Akteur erzielt, damit ich entsprechend darüber berichten kann.

Wir sind inzwischen soweit, dass wir berichten müssen, aber angemessen und in jedem Fall gut begründet. Es passiert nach meiner Beobachtung ein reflexhaftes Berichten in voreuseilemdem Gehorsam. Ich weiß das auch von anderen Kollegen, die einen vier- oder fünfminütigen Radiobeitrag machen und am Ende fällt ihnen ein:

2 Fiedler, Maria: Götz Kubitschek – Der Strategie der Neuen Rechten, in: www.tagesspiegel.de vom 08.09.2018, einsehbar unter: ▶ <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/verleger-gotz-kubitschek-der-strategie-der-neuen-rechten/22963170.html>, zuletzt eingesehen am 10.09.2019.

Damit ist die Gefahr verbunden, dass die Komplexität der „Neuen Rechten“ komplett wegfällt. Man müsste erklären, dass der Kern der „Neuen Rechten“ ein „Rassismus ohne Rasse“ ist, der am Ende genauso radikal ist und auf das gleiche „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ hinausläuft, wie wir es von der „Alten Rechten“ kennen.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 3/5 ▶

„Oh, wir haben die AfD nicht dazu befragt.“ Aus Angst vor bösen Leserbriefen muss dann auf jeden Fall noch ein AfD-Vertreter zu Wort kommen.

× Moderation: Das wirft ja jetzt nochmal die Frage auf, die ich gerade versucht habe zu stellen. Ab wann muss denn die AfD-Stimme in der Berichterstattung vorkommen?

× Kraske: Es müssen die rechtsextremen Netzwerke beschrieben werden. Deswegen ist Detailwissen notwendig, um Akteure auch zuzuordnen zu können. Was ich wirklich schwierig finde ist die Neigung, auf große Porträts zu setzen, weil alles andere zu komplex ist. Wenn man das Systemische und die Herkunft, die Ideengeschichte nicht beschreiben kann, bündelt sich alles auf eine Person. Das ist handwerklich aus dem Porträtgesichtspunkt meistens blitzsauber und großartig geschrieben, aber es wird der Beschreibung der „Neuen Rechten“, ihrer Gefährlichkeit, aber auch ihrer mangelnden Wirksamkeit oft nicht gerecht.

Ich glaube, dass alle Redaktionen gut damit fahren, sich vorher viele Gedanken zu machen, was sie wie erzählen wollen. Zum Beispiel: Kubitschek auf der Leipziger Buchmesse. Die Zeit hat das sehr gut gemacht. Ein Kollege hat zwei Tage nichts anderes gemacht, als Kubitschek auf dieser Messe zu beobachten. Am Ende hat er eine ganz simple Botschaft aufgeschrieben: Kubitschek hat immer nur darauf gewartet, dass die Antifa seine Veranstaltung stört. Als das ausblieb, war er nahezu verzweifelt.³ Kubitscheks Erwartung und sein Versuch der Inszenierung wurde durch bloßes Begleiten durchschaut. Er wollte Krawall. Weil dieser ausblieb, scheiterte er.

× Schierholz: Es ist ein zentraler Punkt, ob man die Berichterstattung sehr Täterzentriert macht oder ob man auch Betroffenen eine Stimme gibt.

Das löst auch einen Teil des Problems, das darin besteht, dass rechtsextreme Akteure innerhalb der Szene durch die Berichterstattung gehyped werden. Das hat man in Chemnitz gesehen: Alle haben die Nazis gefilmt. Klar muss man das machen, aber dabei sollte die Berichterstattung nicht stehen bleiben.

Es muss auch geschaut werden, was das für die Menschen heißt, die in dieser Stadt leben und von Neonazis zu Feinden erklärt werden.

× Kraske: Das Netzwerk für Demokratie und Courage in Wurzten hat seit Jahren Probleme und steht mit dem Rücken zur Wand. Und keiner berichtet drüber. Meine Botschaft ist daher: Wir sollten gegen den Mainstream berichten. Wir sollten ganz konkret zu den demokratischen Akteuren vor Ort gehen und ihnen Gehör verschaffen. Denn an der Art und Weise, wie diese bedrängt, bedroht und allein gelassen werden, zeigt sich ein großes Defizit.

× Frage Publikum: Ich habe eine Frage zum Porträtformat und zur Selbstinszenierung. Die ist ja in der Politik allgegenwärtig und nicht nur auf die AfD beschränkt. Aber ist Selbstinszenierung z.B. bei einem Ministerpräsidenten OK oder müsste man dort auch erklären, warum er sich wie darstellt.

× Kraske: Wir hatten genau dieses Thema neu-lich bei einer großen ARD-Anstalt und wir sind dann in großer Runde zu der Lösung gekommen,

3 Modersohn, August: Warten auf Rabatz, in www.zeitonline.de vom 26.03.2019, einsehbar unter:
▶ <https://www.zeit.de/2018/13/leipziger-buchmesse-rechtspopulismus-antaios-compact>, zuletzt eingesehen am 10.09.2019.

Was ich wirklich schwierig finde ist die Neigung, auf große Porträts zu setzen, weil alles andere zu komplex ist.

Es ist ein zentraler Punkt, ob man die Berichterstattung sehr Täterzentriert macht oder ob man auch Betroffenen eine Stimme gibt.

▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

▶ Nächstes Kapitel

Seite 4/5 ▶

dass sich anhand der „Neuen Rechten“ unsere Standards wieder schärfen müssen. Denn natürlich ist auch ein Gefälligkeitsporträt mit einem Ministerpräsidenten schwierig. Redaktionen entscheiden das aber oft anders. Aber ich glaube, man merkt jetzt, dass Inszenierungen, die wir lange mitgetragen haben, doch eher PR als Journalismus sind. Es ist ein ganz wichtiger Hinweis, dass für alle die gleichen Regeln gelten müssen.

× Moderation: Braucht es mehr Austausch zwischen Journalisten und Fachleuten? Wie bekommen wir diese beiden Gruppen stärker zusammen?

× Schierholz: Es braucht mehr Austausch. Was Tanja und mich angeht, wir kennen uns seit Jahren und wir greifen immer wieder auf Fachexpertisen zurück. Wenn wir das nicht machen würden, dann könnten wir auch nicht die Geschichten schreiben, die wir schreiben, und dann könnten wir es auch nicht so einordnen, wie wir es einordnen. Und natürlich gibt es Kollegen, die nicht so im Thema drinstecken. Das kann man nicht ignorieren.

× Moderation: Zum Thema rechte Narrative: Rechte Diskurse gelangen in Leitmedien und werden teilweise übernommen. Wie geht man damit um? Wie hinterfragt man das?

× Kraske: Es wäre eine Möglichkeit das journalistisch aufzuarbeiten und die Ausweitung rechter Diskurse zu thematisieren. In der Zeit wurde beispielsweise das riesige Fass „Political Correctness“ über Wochen und Monate bearbeitet. Da gibt es eine Fraktion, die der Meinung ist, dass es mit der „Political Correctness“ in der Vergangenheit übertrieben worden sei und dass man deswegen der Rechten entgegen komme müsse. Eine andere Möglichkeit wäre, darauf zu

reagieren und zu sagen: Hey, das ist letztlich ein neurechter Diskurs und „Political Correctness“ ist ein neurechter Kampfbegriff, mit dem versucht wird, sämtliche liberalen oder demokratischen Argumente oder Akteure mundtot zu machen.

Es ist eine unfassbare Verunsicherung auf Seiten der Journalistenkollegen zu spüren. Viele Kollegen fragen sich, ob sie sich nicht mehr zurückhalten müssten bezüglich politischer Äußerungen. Dabei ist in den Rundfunkstaatsverträgen die Verpflichtung festgeschrieben, dass Journalisten, die öffentlich-rechtlich arbeiten, für die Demokratie einzutreten haben. Das weiß aber niemand. Stattdessen sind wir mitten in der Diskussion, ob wir auf diese vehementen Angriffe von rechts nicht mit noch mehr Verständnis und noch mehr Zurückhaltung reagieren sollten. Ich glaube eher: Wir brauchen eine klare Haltung. Unsere freie Berichterstattung gibt es nur in der liberalen Demokratie.

Dabei ist in den Rundfunkstaatsverträgen die Verpflichtung festgeschrieben, dass Journalisten, die öffentlich-rechtlich arbeiten, für die Demokratie einzutreten haben.

► Zurück zum Inhaltsverzeichnis

► Nächstes Kapitel

Seite 5/5 ►

STRATEGISCHE OPTIONEN

× Moderation: Heute Morgen im ersten Block lauteten die Fragestellungen: „Was ist die ‚Neue Rechte‘, was kann sie, was kann sie nicht?“ Ich würde das jetzt zuspitzen: Welche Themen und welche Techniken werden im Umgang mit der neuen Rechten in naher Zukunft prägend sein?

× Wagner: Uns steht bevor, dass die soziale Frage, auch auf theoretisch fundierte Art und Weise sehr viel stärker in den Debatten von rechts besetzt werden wird, als es bisher der Fall war. Das könnte in zwei Richtungen Konsequenzen haben. Wenn die rechte Strategie erfolgreich wird, kann das zu einem Verlust der sozialdemokratischen, linken Parteien führen, an Wählerzustimmung, aber auch an politischer Stärke. Zum anderen kann es auch dazu führen, dass das Projekt AfD, das ja noch eine Sammlungsbewegung ist, an einer Sollbruchstelle auseinander fliegt. Im Schlimmsten Fall wäre es so, dass die Volkspartei-werdung der AfD gelingen könnte, wenn wirtschaftsliberale und sozialdemokratische Positionen in der Partei ihren Platz finden. Das kann passieren, wenn die soziale Frage stärker wird. Und in den östlichen Bundesländern wird das ja auch mit allen Kräften versucht.

× Glösel: Ich glaube ein Fokus sollte die geschlechtsspezifische Mobilisierung sein.

Ein weiteres Augenmerk sollte Jugend- und Sozialarbeit der „Neuen Rechten“ sein. Es wird eine große Aufgabe sein, die Sozialarbeit gegen rechts zu stützen. Ein weiteres Thema, mit dem wir uns als Antifaschist*innen beschäftigen müssen, sind juristische Fragen. Wir haben es ja schon mit Gruppen zu tun, die gut vernetzt und sehr klagefreudig sind. Und es gibt die Frage, wie wir gewalttätige Übergriffe dokumentieren. Wo gibt es eigentlich Übergriffe? Wie kann man die sichtbar machen? Wie kann man das in der Öffentlichkeit ansprechen?

× Wölk: Im Prinzip haben wir keine neue Situation. Wir wissen seit den ersten Untersuchungen der 70er Jahre, dass wir in der Bevölkerung ein Potenzial zwischen 13% und 20% mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild haben. Damals konnte man noch mit Fug und Recht sagen, nur der kleinste Teil dieses Potenzials wählt rechtsextreme Parteien. Der allergrößte Teil wählt je nach Region, die CDU oder die SPD. Wir haben jetzt die Situation, die es schafft dieses Potenzial auszuschöpfen. Rein mengenmäßig, hat sich da nicht viel geändert.

- ▶ Volkmär Wölk
- ▶ Thomas Wagner
- ▶ Kathrin Glösel
- ▶ Judith Goetz

Uns steht bevor, dass die soziale Frage, auch auf theoretisch fundierte Art und Weise sehr viel stärker in den Debatten von rechts besetzt werden wird, als es bisher der Fall war.

- ▶ Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Seite 1/4 ▶

Trotzdem ist die Lage in meinen Augen deutlich dramatischer als je zuvor. Das erste Mal in der bundesdeutschen Geschichte haben wir etwas, was man als soziale Bewegung von rechts bezeichnen kann. Mit einem aktionsorientierten Flügel auf der Straße, einem parlamentsorientierten Flügel und einem, wie es so schön in der Wissenschaft heißt, diskursorientierten Flügel. Das ist das, was wir hier versucht haben, als „Neue Rechte“ zu bestimmen. Denen ist bewusst, dass das Thema Euro genauso wie das Thema der Refugees nicht ewig halten wird, also werden jetzt schon neue Themen gebraucht. In einer solchen Situation kommt dem diskursorientierten Flügel eine erhöhte Bedeutung zu.

Die soziale Bewegung von rechts konzentriert sich nicht nur auf die soziale Frage. Das eine betrifft den Zustand der Demokratie in unserem Land. Ich beschreib es mal mit den Worten, Postdemokratie oder Demokratiesimulierung. Das andere ist der Kampf gegen, wie Meuthen es mal genannt hat „die rot-grün versifften Alt-68er“. Sprich: der Versuch, die mühsame Zivilisierung und Demokratisierung der alten Bundesrepublik, die im Zuge der 68er stattgefunden haben, zurückzudrängen. Also die Reduzierung auf die soziale Frage, wäre meiner Meinung nach heute kontraproduktiv, sie auszuklammern und ihre Virulenz nicht zu sehen, wäre aber genauso verkehrt.

× Goetz: Ich möchte die Frage der Zukunft am Beispiel der Identitären festmachen, die in Österreich für einige Jahre sehr erfolgreich waren, aber aktuell ins Stocken geraten sind. Einerseits hat das damit zu tun, dass ihre Medien und Kommunikationstrategien nicht mehr funktionieren. Also einfach irgendwelche Aktionen machen und darauf zu spekulieren, dass alle Medien unkritisch darüber berichten. Das funktioniert nicht mehr. Aber der Niedergang hat auch mit dem

Umstand zu tun, dass es in Österreich eine rechtsextreme Regierung gibt, die die außerparlamentarischen Rechte vor die Frage stellt, sich neu zu formieren. Viele ihrer Anliegen und Kampagnen sind jetzt auch in der Regierung vertreten. Wer interessiert sich noch großartig für sie wenn Rechtsextreme an den Machthebeln sitzen? Ich würde sagen, dass die Leute, die bei den Identitären aktiv sind, sicher nicht mit einem Niedergang der Gruppe wegbrechen. Sie werden sicherlich neue Mittel und Wege finden sich zu organisieren und sich politisch zu betätigen. Parteistrukturen sind für jene, die Karrieren anstreben, aber auch ganz attraktiv. Auf der anderen Seite kann ich mir aber auch vorstellen, dass es eine neue Radikalisierung gibt und sich das neonazistische Milieu auch stärker wieder vernetzen wird.

× Moderation: Die Soziale Frage ist jetzt stärker im Raum, aber gibt es eine Idee, Praxen, Vorschläge wie diese im Rahmen gesellschaftlicher Gegenwehr gegen die „Neue Rechte“, selbst aufgegriffen und solidarisch beantwortet werden kann? Thomas Wagner, in gewisser Weise hast du ja darüber gesprochen, dass die soziale Frage entscheidend ist. Du hast es ja auch als wichtiges Themenfeld der „Neuen Rechten“ in Zukunft betont.

× Wagner: Ich glaube auch nicht, dass die soziale Frage das einzige Thema ist, mit dem die AfD und die „Neue Rechte“ in den nächsten Jahren versuchen werden das gesellschaftliche Klima zu beeinflussen. Ich habe selber die Erfahrung gemacht, dass eins meiner Bücher,

Das erste Mal in der bundesdeutschen Geschichte haben wir etwas, was man als soziale Bewegung von rechts bezeichnen kann.

nämlich die linke Kritik an der Einmischung von Bürgerbeteiligungsverfahren, im Wiener Parlament von der FPÖ benutzt wurde, um die Rot-Grüne Regierung zu kritisieren. Da sehe ich ein weiteres Problem: die Forderung nach mehr Demokratie, die auch für die AfD eine wichtige Rolle spielt.

× Wölk: Um wirklich erfolgreich wirken zu können, brauchen wir eigene Räume. Kommunikationsräume. Das ist genau das Problem des flachen Landes, dort gibt es diese Räume nicht, die müssen erst wieder geschaffen werden. Da gibt es noch nicht einmal mehr die Sparkasse oder die Kaufhalle, den Bäcker sowieso schon lange nicht mehr. Ich kann also jetzt die Forderung nach Stärkung eines wichtigen Raumes an die herrschenden Politiker*innen stellen. Aber die betroffenen Leute wissen, dass genau diese zuständigen Politikerinnen und Politiker für die Zerschlagung des Soziokulturellen Raums der ländlichen Regionen verantwortlich sind. Warum soll ich denn ausgerechnet diesen Leuten mein Vertrauen schenken? Also dieses Vertrauen zu schaffen, wird natürlich ein sehr schwerer und langwieriger Aufbau. Es wird sehr lange dauern, wir werden einen langen Atem brauchen, das geht leider nur Stück für Stück.

× Glösel: Die soziale Frage – Wohlstand, Verteilung, Sicherheit – ist zentral, weil soziale Unsicherheit und Abstiegsängste Nährboden sind für rechte Erzählungen. Wer keine sozialen Fragen aufs Tableau bringt, verliert. Aber das ist nicht alles. Ich bin der Meinung, der Kampf gegen rechts ist auch ein Kampf der Narrative, der Erzählungen. Wir brauchen die besseren Erzählungen, die besseren Begriffe, die besseren Perspektiven und die besseren Missionen. Und ich merk das selber. Ich arbeite im Bereich politischer Journalismus. Und es gibt einen unglaublichen Hunger nach Erklärungen von Politik, was

da hinter der Regierungskommunikation, man möchte schon fast sagen, hinter dieser Propaganda steckt. Es gibt ein Hunger nach Wissen, nach Argumenten, nach Zahlen, nach Strategie-Analysen und nach politischen best practice-Beispielen aus anderen Ländern.

× Wölk: Unsere Jugendlichen hatten nur ein schäbiges Jugendzentrum, wo sie schlicht und ergreifend gegängelt worden sind. Was haben sie gemacht? Sie haben sich eine alte Fabrik für einen Euro unter den Nagel gerissen und sind jetzt seit ein paar Jahren dabei das selber und in Eigenverantwortung und in Eigenregie zu einem soziokulturellen Zentrum zu machen, mit Konzerten, mit Lesungen, mit allem was dazu gehört. Und siehe da, allmählich sind das nicht mehr nur die jungen Leute, so langsam kommen auch die Leute in meinem Alter dazu und fragen: „Wie kann ich euch helfen?“ Es gibt eine gesteigerte Aufmerksamkeit und allmählich kommen bei den Jugendlichen auch die finanziellen Ressourcen an. Das ist ein knallhartes Geschäft, aber ich sehe keinen anderen Weg als da mit langem Atem hinter zu sein. Das hat erstmal mit antifaschistischer Arbeit oder Arbeit gegen rechts gar nichts zu tun und trotzdem wirkt es aber.

× Wagner: Ich glaube, dass es extrem wichtig ist, Gemeinwesen bildende Arbeit von unten zu machen. Aber halt auch aus einem klaren demokratischen republikanischen Verständnis heraus und zwar, dass man Öffentlichkeit von unten aufbaut, dass man Kultur von unten aufbaut.

Heute wurde gelegentlich auch von rechten Ideologieproduzenten gesprochen. Es gibt aber

Die soziale Frage – Wohlstand, Verteilung, Sicherheit – ist zentral, weil soziale Unsicherheit und Abstiegsängste Nährboden sind für rechte Erzählungen.

auch alltägliche Mechanismen, wo rechte Ideologie produziert wird, nämlich eine Ideologie der Ungleichheit und das ist die kapitalistische Produktionsweise. Meine Sorge im Kampf gegen rechts ist, dieses Ziel - für eine Veränderung der Produktionsweisen zu kämpfen - nicht aus den Augen zu lassen.

× Moderation: Wo sind die Chancen der einzelnen, andere Themen zu besetzen, als die der Rechten und auf welchen Ebenen und mit welchen Mitteln kann das eigentlich funktionieren?

× Goetz: Ich würde als positive Themensetzung immer wieder drauf aufmerksam machen, was Feminismus alles kann und was Feminismus, vor allem jungen Frauen, alles ermöglichen kann und dass das ein mehr an Selbstbestimmung bedeutet und für die Befreiung aller Geschlechter einsteht und nicht nur für eine Besserstellung der Frauen. Und da finde ich es auch immer wichtig die Männer mit ins Boot zu holen und hier zu argumentieren, dass auch Männer in diesem System leiden und in Rollen gezwängt werden, mit denen sie sich nicht identifizieren können und die ihnen ganz viel verunmöglichen.

× Wölk: Wir müssen ganz einfach sichtbar sein. Auch die Landtagsabgeordnete in unserem Ort hat es einfach so gemacht, dass sie schlicht und ergreifend ab einem bestimmten Punkt gesagt hat: „Ich mach keine Sprechstunden mehr in meinem Büro. Ich geh ins Café am Markt und lasse jeden wissen, jeden Mittwoch 16-18 Uhr bin ich da und wer dann mit mir quatschen will und Probleme hat, der kann dahin kommen und dann machen wir das.“ Nun sollte man meinen, dass es kein großer Unterschied ist, ob die Sprechstunde im Büro stattfindet oder im Café, aber die Hemmschwelle ist eine ganz andere. Und viele Leute sehen, wie diese Gespräche stattfinden und

für die wiederum wird die Hemmschwelle auch wieder niedriger. So entsteht langsam, aber wirklich sicher sowas wie ein richtiger politischer Diskurs.

× Glösel: Was viele von uns sicherlich aufregt ist, wenn Medien und politische Akteur*innen ständig von allgegenwärtigen Gefahren durch Geflüchtete schreiben und reden – so dass es die ganze politische Debatte beherrscht. Aber das muss man nicht hinnehmen. Wir sind selber in der Verantwortung, unsere Fragen, Themen und Geschichten zu erzählen und zu verbreiten. Zu schauen, wer sind Betroffene von sozialen Kürzungen, wer sind die Betroffenen, wenn Jugendzentren zugesperrt werden. Wir können diese Geschichten so aufbereiten, dass sie verständlich sind und erzählt werden können. Ich glaube, wir haben sehr viele der Handlungspraktiken noch nicht voll ausgeschöpft. Aber ich finde es eine bewältigbare Aufgabe. Wir können in Debatten mitreden und sie mitgestalten. Wir wollen über Gerechtigkeit reden, wir wollen über Armut reden. Und ich finde es ist eine wichtige Aufgabe der wir uns stellen sollten, anders über die soziale Frage zu diskutieren. Man kann die Antworten so aufbereiten, dass sie für andere annehmbar sind, dass sie einen berühren. Und wenn wir es schaffen, Mitgefühl zu erzeugen, haben Hassparolen viel weniger Chancen.

Wir sind selber in der Verantwortung, unsere Fragen, Themen und Geschichten zu erzählen und zu verbreiten.

Miteinander e. V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteure der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren sowie der parteilichen Opferberatung.

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit einer Spende! Alle Zuwendungen kommen der Arbeit des Vereins zugute. Ihre Spende erreicht uns über das unten angegebene Vereinskonto.

Sie können außerdem bequem online spenden.

► <https://www.miteinander-ev.de/spendenformular/>

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassensprüfer*innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Miteinander e.V.
#bestaendigfuerdemokratie

► www.miteinander-ev.de
► Facebook: @miteinanderev
► Twitter: @MiteinanderLSA

Geschäftsstelle Magdeburg
Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 62077-3
Fax: (0391) 62077-40
► net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Miteinander e.V.
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30643-0
Fax: (03901) 30643-2
► net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Miteinander e.V.
Landsberger Straße 1
06112 Halle/Saale
Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
► net.rzs@miteinander-ev.de

Spendenkonto
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
IBAN: DE19 8102 0500 0008 4734 00
BIC: BFSWDE33MAG
Bank für Sozialwirtschaft AG



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Freiwilligen Agentur e. V.

Vision & Leitbild

Unsere Vision ist eine demokratische und solidarische Gesellschaft, die alle Menschen mitgestaltet. Alle Menschen engagieren sich nach ihren Möglichkeiten, Fähigkeiten und Interessen für das Gemeinwohl: Gemeinsam engagiert für Halle – gemeinsam engagiert für unsere Region.

Werte und Arbeitsprinzipien

Die Werte unserer Arbeit basieren auf den Menschenrechten, wie sie in der Erklärung der Vereinten Nationen und im Grundgesetz festgehalten sind.

Freiwilliges Engagement bedeutet für uns:

- freiwilliges und unentgeltliches Mitwirken an einer vielfältigen Gesellschaft.
- die Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Belange in allen Bereichen.
- individuelle Ideen einbringen und in Projekten umsetzen.

Freiwilliges Engagement ist kein Ersatz für staatliche Aufgaben. Vielmehr ist es eine Ergänzung und Bereicherung und trägt dazu bei, gesellschaftliche Entwicklungen (mit) zu gestalten. Wir handeln solidarisch und sind parteipolitisch sowie konfessionell unabhängig. Wir arbeiten zielorientiert, transparent und nachhaltig. Wir halten die bundesweit geltenden Qualitätsstandards für Freiwilligenagenturen ein. Freiwillige und hauptamtliche Mitarbeitende begegnen sich auf Augenhöhe. Wir sind eine kreative Organisation, die neue Ansätze erprobt. Wir setzen uns mit dem digitalen Wandel auseinander – Chancen, Potenziale und Instrumente der Digitalisierung nutzen wir, um freiwilliges Engagement zu fördern und unsere Arbeitsabläufe zu verbessern. Wir arbeiten vernetzt und sind offen für Kooperationen.

Aufgaben und Leistungen

Wir ermutigen, beraten und qualifizieren Menschen, die sich mit ihren vielfältigen Fähigkeiten, Erfahrungen und Interessen im Gemeinwesen engagieren wollen. Wir beraten und qualifizieren gemeinwohlorientierte Organisationen und Initiativen, gute Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu schaffen. Wir bringen gemeinwohlorientierte Organisationen, staatliche Institutionen und Unternehmen zusammen und unterstützen sie, sich für freiwilliges Engagement zu öffnen. Wir gestalten bestehende und schaffen neue Netzwerke zur Förderung freiwilligen Engagements.

Wir verstehen uns als Impulsgeberin für freiwilliges Engagement und setzen innovative Projekte um. Wir fördern und fordern gute Rahmenbedingungen und eine Kultur der Anerkennung für Freiwillige.

Spenden

Freiwilliges Engagement braucht Unterstützer, Partner und Freunde! Die Arbeit der Freiwilligen-Agentur Halle lebt vom Einsatz vieler ehrenamtlich Aktiver. Für unsere Freiwilligenprojekte:

- „Große für Kleine“ – starke Kinder durch Bildungspatenschaften,
- Seniorenbesuchsdienst „KlingelZeichen“ und
- Freiwilligentag Halle

benötigen wir aber auch finanzielle Unterstützung durch Spenderinnen und Spender.

Schon kleine Beiträge sind wichtig, denn ohne diese Unterstützung gäbe es keine Fortbildungen, Arbeitsmaterialien oder Straßenbahnfahrtscheine für unsere Ehrenamtlichen.

Helfen Sie helfen!

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende! Jede Spende hilft, Engagementprojekte umzusetzen, die langfristig und nachhaltig wirken.

Freiwilligen-Agentur
Halle-Saalkreis e.V.

- ▶ www.freiwilligen-agentur.de
- ▶ Facebook: @FreiwilligenAgenturHalle
- ▶ Twitter: @FWA_Halle
- ▶ Instagram: @freiwilligenagenturhalle

- ▶ halle@freiwilligen-agentur.de

Leipziger Straße 82
06108 Halle (Saale)
0345 / 200 28 10

Spendenkonto:
Kontoinhaber: Freiwilligen-Agentur
Halle- saalkreis e. V.
IBAN: DE75800537620388306666
BIC: NOLADE21HAL
Saalesparkasse



Impressum

DIE »NEUE RECHTE« IN SACHSEN-ANHALT – Mythos,
Realität, Gegenkultur
Reader zur Fachtagung vom 29.09.2018

Magdeburg und Halle (Saale) 2019

Herausgeber:
Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus
und Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.

Redaktion:
Pascal Begrich (V.i.s.d.P.),
Michael Barthel, Marius Sänger

Wir danken den externen Inputgeber*innen:
Volkmar Wölk, Judith Götz, Kollektiv IfS dicht-
machen, Anwohner*innen-Initiative Adam-Kuck-
hoff-Straße, Kathrin Glösel, Thomas Wagner,
Alexander Schierholz, Michael Kraske, Tanja Ries

Gestaltung:

► Nils Krüger, ► Laura Gackle Martinez

Schrift:
Allgemein Grotesk (Beta) von Andrea Tinnes

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Se-
nioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundes-
programms „Demokratie leben!“ sowie durch das
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landes-
programms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffen-
heit in Sachsen-Anhalt.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungs-
Äußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. des Ministe-
riums für Arbeit, Soziales und Integration des
Landes Sachsen-Anhalt dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen
die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

